Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1932

237 (12.10.1932)

Visual Library

Ersatz für Wilhelm II.

Paris, 9. Oktober.

Der größte französische Kriegsteilnehmerverband ist die „Union fédérale". Sie gehört nicht zu den Verbänden, welche die Zusammenarbeit mit den früheren Kriegsgegnern ablehnen. Die „Union fédérale", die fast eine Million Mitglieder hat, steht in enger Verbindung mit dem deutschen Reichsbanner.

In ihrem Organ Cahiers de l'Union fédérale veröffentlicht ihr Ehrenvorsitzender Henri Pichot soeben einen längeren Artikel über die Lage in Deutschland mit der Ueberschrift „Ersatz für Wilhelm II." Der Artikel zeigt, was man heute in weiten Kreisen Frankreichs, und besonders unter den friedensgewillten Franzosen, über die deutsche Regierung denkt. **„Die von Papen-Regierung ist eine Regierung der internationalen Unruhen und des Krieges"**, schreibt Pichot, und er setzt hinzu: „Das muß man offen aussprechen. Man muß auch den Mut haben, das offen niederzuschreiben. Jeder kennt unser Gefühl für internationale Gerechtigkeit, und gerade deshalb sagen wir, daß die Politik der heutigen deutschen Regierung, die in der Hand des Generals von Schleicher ist, denselben Geist atmet und sich in derselben Art aufführt wie einst die Politik Wilhelm II. . . . Wer ihn als Beispiel nimmt, will ihn nachahmen. So stellt das Kabinett von Papen-von Neurath-von Schleicher einen Ersatz des Kabinetts Bethmann-Hollweg, also eine Gefahr für den Weltfrieden, dar."

Herr von Papen und Herr Baron von Neurath hatten Herrn Pichot vor einigen Monaten in Genf empfangen, als er sie als Vorsitzender des fast vier Millionen Mitglieder zählenden internationalen Kriegsteilnehmerverbandes „Ciamac" aufsuchte. Damals erklärten sie ihm ihren Friedenswillen. Jetzt teilt ihnen, nachdem er sie am Werk gesehen hat, Herr Pichot offen mit, was er über sie denkt. Er schreibt:

„Erster Punkt. Die Diktaturregierung in Berlin will keine gemeinsame Sicherheit für alle. Unvernünftigerweise droht und fordert sie statt zu debattieren. Sie benutzt das Faustrecht. Ja, sie benutzt es, ohne die Macht zu haben oder scheinbar, ohne die Macht zu haben. Wie würde sie da erst handeln, wenn sie gar die Macht hätte? Die Gesten der deutschen Regierung erinnern uns an 1905, an 1909, 1911 und an Juli 1914, das wird Europa nicht vergessen.

Zweiter Punkt. Das Säbelkabinett klagt die andern an, bis zu den Zähnen bewaffnet zu sein, im gleichen Moment, wo es selbst auf seine Stärke zu pochen sucht. Wir müssen dieses Kabinett, wenn es ein schlechtes Gedächtnis hat, daher daran erinnern, daß der „Herr des Krieges" solange in gleicher Weise verfuhr, bis er sein Volk in den Krieg stürzte. Bedient man sich der gleichen Mittel, so will man das gleiche Ziel. Das ist jetzt 18 Jahre her, aber wir haben es nicht vergessen. Der Säbel, mit dem General von Schleicher herumfuchtelt, hat den gleichen Klang wie der Wilhelms II. Denn wenn die Militärpartei, die jetzt in Deutschland an der Macht ist, eine große Armee wünscht, so doch nur, um diese einmal in die Schlacht zu führen, und mit dem Hintergedanken, der günstige Augenblick sei gar nicht mehr so fern.

Dritter Punkt. Man spricht von heimlichen Rüstungen Deutschlands. Warum will die deutsche Regierung keine offene Diskussion darüber?

Vierter Punkt. Deutschland erhebt seine Forderungen mit Drohungen. Solche Sitten „trockenen Pulvers" und „geschliffener Degen" kennen wir ja schon, und wir wissen auch, wohin das führt: zu 10 Millionen Toten, 20 Millionen Kriegsverletzte, zur Arbeitslosigkeit, zum Wahnsinn der Völker und zum allgemeinen Elend. Auf diese Weise isoliert man sein Volk.

Daher glaube ich, wie die deutschen Republikaner, daß die nicht ehrlich den äußeren Frieden wollen, die in ihrem eigenen Land den Bürgerkrieg entfesselt haben gegen alle, die für den Völkerfrieden kämpfen und die von den andern Völkern nur auf friedlichem Wege etwas erreichen wollen."

Nachdenkliche Worte eines aufrechten französischen Pazifisten.

Kurt Lenz.

Die „Legalen"

Die Nacht der langen Messer

Die Freie Presse, das sozialdemokratische Organ für die württembergischen Oberamtsbezirke **Reutlingen** und **Tübingen**, veröffentlicht den dokumentarischen Nachweis dafür, daß auch in **Tübingen die SA.-Banden der Nazis** sich für die Zeit **vom 1. bis 5. August** auf **Terrorakte** vorbereitet und bereits eine Liste der politischen Gegner aufgestellt hatten, die in dieser Zeit umgelegt werden sollten. Der in den Besitz unseres Parteiorgans gelangte Plan enthält auch die Namen der Nazis, die zur Ausführung der Taten bestimmt waren. So sollte der Tübinger Bezirksvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Genosse Gottlob Frank, durch die Nazis Hauser, Hartmann und Stähle, der sozialdemokratische Stadtrat Koch durch die Brüder Teufel, der Genosse Hans Kürner durch die Nazis Josef Rief, Hans Dietrich und Aichele, der Genosse Arno Bödisch durch den Nazi Klein beseitigt werden. Ferner sollten noch die Genossen F. Laur, K. Lutz und E. Marx umgelegt werden. Die gesamte Liste war im Besitz des nationalsozialistischen Schriftleiters v. Samson. Sie enthielt auch Angaben über **Waffenlager**, sowie über die Besitzer von Autos, die im Falle des Losschlagens die Waffen holen sollten. Die Leitung der Eisernen Front in Tübingen, der der Plan bekannt geworden war, hat einige Tage vor der Wahl festgestellt, daß an den als Waffenlager bezeichneten Orten die Nazis in der Tat Waffen aufgestellt hatten, was die Bereitschaft zur Ausführung der Pläne bestätigte. Es war daher selbstverständlich Vorsorge für die Abwehr von Angriffen getroffen worden.

Man kann, nachdem jetzt der Oeffentlichkeit diese genauen Angaben unterbreitet worden sind, gespannt sein, ob die Staatsanwaltschaft sich veranlaßt sehen wird, der Sache nachzugehen und gegen die Schuldigen Anklage zu erheben.

Ein neuer Konflikt

Auswärtiger Ausschuß und Papen-Barone – Eine ungewöhnlich scharfe Entschließung

VDZ. **Berlin**, 11. Okt. Zur heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses war von der **Regierung niemand erschienen**. Die Deutschnationalen nahmen überhaupt nicht teil, während die übrigen Parteien sämtliche Vertreter entsandt hatten. Vom Zentrum war nur der Abg. Bell als Beobachter erschienen. Den Vorsitz im Ausschuß führte Dr. Frick (NS.).

Zu Beginn der Sitzung gab der Vorsitzende Kenntnis von dem Schreiben, in dem er den Reichsaußenminister zu der Sitzung eingeladen habe, sowie von der Antwort des Reichsaußenministers, in der dieser darauf hinweise, daß die Völkerbundstagung noch nicht beendet sei, daß **er aber auch sonst nicht im Ausschuß erscheinen könne, solange nicht die bekannte Frage der Teilnahme der Reichsregierung an den Ausschüssen des Reichstags geregelt sei.** In der anschließenden Geschäftsordnungsdebatte wurde von verschiedenen Fraktionen der Standpunkt vertreten, daß eine sachliche Aussprache über die Beratungspunkte ohne Anwesenheit der Reichsregierung nicht dem Sinn und Zweck des Auswärtigen Ausschusses entsprechen würde.

In der Abstimmung über einen Antrag der Kommunisten, den Ausschuß in einen Untersuchungsausschuß umzuwandeln, stimmen nur die Antragsteller für ihren Antrag. Zentrum, Bayerische Volkspartei und Nationalsozialisten waren dagegen; die Sozialdemokratie übte Stimmenthaltung.

Am Schluß der Beratung wurde folgender Antrag Dr. Fricks (NS.), Dr. Bells (Zentr.) und Graf Quadts (BVP.) angenommen:

„In der auf heute anberaumten neuen Sitzung hat die Reichsregierung wiederum ihr Erscheinen abgelehnt. Das **verfassungswidrige Verhalten der Reichsregierung wird besonders dadurch gekennzeichnet**, daß sie sich einerseits mit starker Betonung beruft auf die Reichsverfassung, um daraus die uneingeschränkte Ausübung aller verfassungsmäßigen Rechte einer vollberechtigten Regierung für sich herzuleiten, daß **sie andererseits aber ihren verfassungsmäßigen Pflichten gegenüber der Volksvertretung sich entzieht.** Die Reichsregierung hat sich also durch ihre erneute **grundlose** Weigerung, vor dem Auswärtigen Ausschuß zu erscheinen, **eines wiederholten Verfassundsbruchs schuldig gemacht. Dem neuen Reichstag bleibt es vorbehalten, daraus die verfassungsmäßigen Folgerungen zu ziehen.** Die Weigerung der Reichsregierung, dem Ausw. Ausschuß Rede und Antwort zu stehen, bedeutet aber auch eine **schwere Schädigung der außenpolitischen Stellung des Reiches**, da die Reichsregierung damit vor aller Welt beweist, daß **sie nicht den Mut findet, für ihre von schweren Mißerfolgen in Lausanne und Genf begleitete Außenpolitik einzustehen** und eine Unterstützung im Volk und in der Volksvertretung zu suchen. Ihre außenpolitischen Aktionen entbehren deshalb von vornherein des nötigen Gewichts. **Das Wohl der Nation verlangt gebieterisch die alsbaldige Beendigung dieses verwerflichen und verfassungswidrigen Zustandes.**"

Für diesen Antrag stimmten außer den Antragstellern auch die **Sozialdemokraten**, die dazu erklärten, **es sei eine eigenartige Feier des Harzburger Tages, daß die Sozialdemokraten in die Lage versetzt würden, einem von den Nationalsozialisten gegen eine sogenannte nationale Regierung eingebrachten Antrag zuzustimmen.** Die **Kommunisten** erklärten, daß sie sich an der Abstimmung **nicht beteiligen** würden.

Junkerbesuch in Bayern

Der Reichskanzler in München – Preisend mit viel schönen Reden Kompliment an die bayerischen Belange

WTB. **München**, 11. Okt. **Reichskanzler v. Papen** traf heute früh im Münchener Hauptbahnhof ein. Ministerpräsident Dr. Held begrüßte den Kanzler herzlich. Der Kanzler begab sich hierauf zum Haus des Ministerpräsidenten, wo er Wohnung nimmt. Um 10 Uhr fand im Ministerium des Aeußeren die Vorstellung der bayerischen Staatsregierung statt, um 11 Uhr folgte ein Presseempfang.

Reichskanzler v. Papen stattete dem Ministerpräsidenten und dem bayerischen Gesamtministerium seinen Besuch ab. Ministerpräsident Dr. Held bewillkommnete den Reichskanzler herzlich: „Mit dem Besuch bei der bayerischen Staatsregierung verknüpft sich das Bekenntnis des Reichskanzlers, daß man in Berlin in der Reichsregierung unter Ihrer Führung die Selbständigkeit der Länder anerkennt und achtet. **Nur so gemeint, gewinnt ein solcher offizieller Besuch des Reichskanzlers Sinn und Bedeutung.** Daß wir dafür besonders Dank wissen, namentlich in den Stürmen unserer Tage, die ja vor allem der **Selbständigkeit der Länder** gegolten haben, ist eine Selbstverständlichkeit. Wir erblicken in dem Besuch des Reichskanzlers das Bestreben, die Fühlung zu nehmen und zu halten mit den einzelnen Länderregierungen in der Zeit der großen geistigen und wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes."

Reichskanzler v. Papen erklärte: Mein Besuch soll mehr sein als eine formale Höflichkeit; er soll sein ein Symbol dafür, daß in der Tat gerade jetzt in den vielleicht schwersten Stunden der Nachkriegszeit wir nur dann zu den großen gemeinsamen Zielen weiterschreiten können, wenn wir die **Einigkeit zwischen dem Reich und den Ländern wiederherstellen, wie es einstens gewesen ist.**

Bei dem Besuch des Kanzlers im **Bayerischen Landtag** bewillkommnete ihn der Landtagspräsident Dr. Stang mit einer Ansprache, in der er erklärte, daß die Wirtschaftsnot riesengroß auch durch die bayerischen Lande gehe. Herr Reichskanzler, ich darf Sie und die gesamte Reichsregierung bitten, zur Belebung der bayerischen Wirtschaft durch eine **bessere Zuteilung von Reichsaufträgen** ein besonderes Augenmerk zu richten.

Reichskanzler v. Papen erwiderte, die Herren dürften gewiß sein, daß **die Belange Bayerns in Berlin immer ein offenes Ohr finden würden.** Das Reich sei leider so arm wie die Länder; aber wenn es sich irgendwie ermöglichen ließe, werde bestimmt den Ländern geholfen werden. Es werde nie vergessen werden, was die Länder und **speziell Bayern** dem Reiche geleistet haben.

Reichskanzler v. Papen empfing im Außenministerium **die Vertreter der Presse.** In einer kurzen Ansprache erklärte der Reichskanzler, die Regierung habe vom ersten Tage an betont, daß sie **bewußt** auf **föderalistischem** Standpunkt stehe, daß die Lösung der großen Aufgaben, die ein neues Deutschland schaffen sollen, nur möglich sei, wenn man alle Kräfte zur Mitarbeit heranziehe.

Vom Ministerium des Aeußern aus begab sich der **Kanzler zum Rathaus**, um auch der Stadt München seinen Besuch zu machen. Er wird in den Mittagsstunden noch bei dem **päpstlichen Nuntius** sowie beim **Kardinal Faulhaber** einen Besuch abstatten.

Der belgische Wahlsieg

SP. **Brüssel**, 11. Okt. (Eig. Draht.) Das zusammenfassende Ergebnis der Gemeindewahlen in Belgien zeigt, daß die **Sozialisten einen Reingewinn von über 400 Mandaten** und von **60 Gemeindeverwaltungen** zu verzeichnen haben. Es nahmen über 5 Millionen Männer und Frauen von einer Gesamtbevölkerung von 8 Millionen an der Abstimmung teil. In Belgien besteht **Wahlpflicht.** Der sozialistische Sieg erstreckt sich auf alle Teile des Landes, Großstädte, Industriegebiete sowie auf das flache Land. Der **sozialistische Fortschritt** in vielen landwirtschaftlichen Gebieten ist eines der hervorragendsten Kennzeichen der Wahlen.

In der großen Mehrzahl der Städte erfolgte der sozialistische Sieg auf Kosten der Katholiken. Die Liberalen konnten sich etwas besser verteidigen. Besonders auffällig ist das vollkommene Mißlingen des kommunistischen Vorstoßes. Die Kommunisten hofften, insbesondere in den am letzten Streik beteiligten Kohlengebieten auf Kosten der Sozialisten Boden gewinnen zu können. Es ist mißlungen.

Was das Gebiet von Eupen-Malmedy betrifft, so kann im Ganzen gesagt werden, daß weder die deutschen noch die belgischen Nationalsozialisten mit den Ergebnissen der Wahlen in Eupen-Malmedy viel Staat machen können. Es bleibt eben nur der **Erfolg der Sozialisten**, der ein Erfolg für die **Verständigung** der beiden Völker und für die Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung des ganzen Landes ist.

Nazi und Funk

Im Reichsrat erklärte der Reichsminister des Innern, einen „deutschen Rundfunk" schaffen zu wollen, aus dem die „undeutsche" Programmgestaltung ausgemerzt werden soll. Was unter den Schlagworten „Zentralisation" und „Entpolitisierung" zu verstehen ist, erfährt der Hörer, sobald er den Empfangsapparat einschaltet. Den Nationalsozialisten genügt aber die raktionäre Form der Programmgestaltung noch nicht. Seitdem nun auch noch der wandelbare Rundfunkkommissar Dr. Scholz aus der NSDAP. ausgetreten ist, opponieren sie sehr offen gegen den „weißen Juden", der im Rundfunk „politische Geschäfte" machen will, um „den Einfluß der Nationalsozialisten im Rundfunk abzuriegeln". Ganz so schlimm meint es der nationalsozialistische Angriff natürlich nicht; aber er plaudert dabei aus, daß „die verantwortlichen Instanzen des Rundfunks den Forderungen der Nationalsozialisten entgegenhalten, es wäre ein unmögliches Verlangen, einen nationalsozialistischen Rundfunk aufzubauen."

Mit den „verantwortlichen Instanzen" können nur entscheidende Stellen im **Reichsministerium des Innern** gemeint sein, die nicht etwa nur aus politischen Gründen nationalsozialistische Rundfunkpläne ablehnen. Die ablehnende Stellungnahme der „verantwortlichen Instanzen" ist vielmehr durch die kulturelle und künstlerische Ausdruckslosigkeit begründet, zu der das Rundfunkprogramm verurteilt wäre, wenn es den „Nationalsozialismus als neue Erkenntnis und Willenseinheit", wie in dem Artikel des Angriff die Rundfunkpläne bezeichnet werden, noch weitere Zugeständnisse als bisher bereiten müßte. Es wird nicht mehr lange dauern, und die „verantwortlichen Instanzen" erkennen, daß ihre eigenen Pläne für die „deutsche" Programmgestaltung aus denselben Gründen eine Unmöglichkeit darstellen, mit denen sie jetzt die nationalsozialistischen Forderungen ablehnen. Auch die **katholische** Rundfunkkorrespondenz Funk und Schall schreibt: „Der neue Rundfunkkurs beginnt sich nun schon deutlich auszuwirken. Und bisher konnte man nur feststellen, daß sich eine **erschreckende Programmverschlechterung** in den letzten Wochen bemerkbar machte". Wir sind derselben Meinung.

Es brodelt auch in Rußland

20 bolschewistische Führer ausgeschlossen

WTB. **Moskau**, 11. Okt. **Die Zentralkommission der Kommunistischen Partei hat 20 Mitglieder der konterrevolutionären Gruppe aus der Partei ausgeschlossen. Die Gemaßregelten hatten versucht, auf illegalem Wege eine Kulakenorganisation zur Wiederherstellung des Kapitalismus zu schaffen. Unter den Ausgeschlossenen, von denen die meisten bereits früher wegen oppositioneller parteifeindlicher Tätigkeit einmal ausgeschlossen waren, befinden sich Sinojew und Kamenew.**

Freistaat Baden

Statistik über die letzte Reichstagswahl

Das angekündigte **Wahlheft** mit den **badischen Landesergebnissen der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 ist soeben erschienen.**

Soweit die kleine Auflage ausreicht, werden Bestellungen zum Selbstkostenpreis von 1.50 RM. vom Badischen Statistischen Landesamt in Karlsruhe, Akademiestraße Nr. 1, ausgeführt.

*

Wir bemerken hierzu, daß die **Funktionäre** unserer Partei das Erscheinen dieser Wahlstatistik begrüßen werden; sie sollte in keiner Bibliothek der Sozialdemokratischen Vereine Badens fehlen. Auf Grund der Wahlergebnisse in den einzelnen Orten kann am **besten die Wahlarbeit** eingeleitet und durchgeführt werden.

Parlamentsverjüngung und Nazihetze

Eine mißlungene Führerfeststellung

Dem nationalsozialistischen Führer geht, so sehr er das Schwindeln auch heute noch versteht, der Stoff aus. Seine großen Schlager haben sich selbst erledigt, seit man die Theatermätzchen des Herrn vom Braunen Hause und seiner Clique durchschaut. Er übt sich daher jetzt mehr in kleineren Ranküen, die jedoch sehr wenig Eindruck machen können. So bringt er u. a. eine Berliner Meldung: „Severing und Braun werden durch Juden ersetzt", wonach bei der Kandidatenaufstellung des Bezirksverbandes Berlin für den Reichstag Otto Braun und Karl Severing nicht mehr kandidieren würden, da die Opposition sehr stark wäre. In Wirklichkeit liegt jedoch der Fall sehr einfach: Otto Braun und Karl Severing waren niemals Reichstagsabgeordnete für Berlin, sondern gelegentlich aus Zweckmäßigkeitsgründen dortige Spitzenkandidaten, da — wie jedermann weiß — Otto Braun für Ostpreußen in den Reichstag gewählt wurde und Karl Severing für seine Heimatstadt Bielefeld. Severing und Braun werden also nicht, wie der Führer schreibt, „durch Juden ersetzt"; denn zu allem Ueberdruß gegenüber den falschen Behauptungen des Führer ist festzustellen, daß an der Spitze der Berliner Liste Crispien steht und an der Spitze der Potsdamer Liste Künstler: Zwei Parteigenossen, die ganz und gar nicht Juden sind, wenn es auch die Berliner Arbeiterschaft mit Recht für zweckmäßig hält, den verdienten Gewerkschaftler Aufhäuser und den bekannten Kulturpolitiker Löwenstein neben anderen Genossen mit auf die Liste zu setzen, — selbst wenn den Nationalsozialisten deren Nase nicht gefällt.

Die Sozialdemokratie hat bei den letzten Reichstagswahlen bereits eine Verjüngung ihrer Vertretung vorgenommen und diesen Kurs bei der Aufstellung der Kandidaten für den neuen Reichstag in entschiedenem Maße fortgesetzt. So kandidieren zum Beispiel als Spitzenkandidaten in Hamburg neben dem volkswirtschaftlich überaus kenntnisreichen Genossen Dr. Hans Staudinger — ein in der Geschichte der Sozialdemokratie überaus bekannter Name —, der bisherige Reichstagsabgeordnete Adolf Biedermann und als neu für den Reichstag vorgesehenen der aus der Angestelltenbewegung hervorgegangene Redakteur Gustav Dahrendorf, die Lehrerin Erna tum Suden und der ebenso wie Biedermann aus der Arbeiterschaft hervorgegangene Gauführer des dortigen Reichsbanners, Heinrich Steinfeld. Ebenso hat, wie bereits berichtet, auch in Württemberg eine Verjüngung der Kandidaten für den Reichstag stattgefunden, wobei die sozialdemokratische Liste von dem in der Kriegerhinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenbewegung bestens bekannten ehemaligen Handlungsgehilfen Roßmann geführt wird, dem dann der Kriegsbeschädigte Dr. Kurt Schumacher, der frühere Buchdrucker und jetzige Redakteur Ulrich und der frühere Werkzeugmacher und jetzige Gewerkschaftsführer Weimer folgen. So zeigt die Sozialdemokratie, daß sie bei ihrer Verjüngung durch Herausstellung von Kandidaten, die aus der Arbeiterschaft hervorgegangen sind, die Bedeutung der Arbeiterschaft für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in richtiger Weise unterstreicht und dabei gleichzeitig Hand- und Kopfarbeiter in zweckmäßiger Weise verbindet. Die nationalsozialistischen Nadelstiche werden daher die Sozialdemokratie sehr kalt lassen.

Die Sozialdemokratie wird, wie gerade jetzt wieder, ihre Verjüngung unter Betonung des Gedankens als Bewegung der hand- und kopfarbeitenden Klassen unter dem Zeichen des Sozialismus beweist, weiter marschieren und allen Hindernissen zum Trotz für Freiheit und Sozialismus kämpfen, mag es auch Verrätern am werktätigen Volk nicht in den Kram passen.

Wer zahlt die Nazi-Lieferanten

Allgemeiner Katzenjammer

Noch glänzt nach außen die Fassade der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Wenn man ihre Zeitungen liest und die Reden der Führer hört, könnte man glauben, es sei in ihr alles in Butter. Aber tut man gelegentlich einen Blick hinter die Kulissen, betrachtet man also die andere Seite, dan ist nicht alles Gold, was glänzt.

Oeffentliches Geheimnis ist es heute, daß in den Reihen der SA. und der sonstigen nationalsozialistischen Anhängerschaft Mißstimmung herrscht. Das sehnsüchtig erwartete Dritte Reich ist in weite Ferne gerückt. Darüber täuschen auch die großen Worte des „Führers" nicht hinweg.

Aber es kommt nun noch etwas anderes hinzu! In den letzten Monaten hat man in Erwartung des baldigen Sieges manches unternommen, was den Leutchen nun an den Beinen hängt. SA.-Mannschaften hat man nur so aus dem Boden gestampft. Uniformen, Stiefel und sonstige Ausrüstungsgegenstände wurden massenweise angekauft. Konfektionsware für die Mannschaften, Maß-Uniformen für die Führer. Hitlers Soldaten mußten „schnicke" sein, um Eindruck zu schinden. Um das Bezahlen hat man sich keine Sorgen gemacht. Wenn das Dritte Reich erst da ist, sind doch alle Schwierigkeiten behoben. Die Führer haben oft betont, daß in kurzer Zeit das Dritte Reich in seiner Herrlichkeit erstehen würde. Alle wollten sie dabei sein, wenn es an die Verteilung der Früchte ging. „Wir sind die neue Macht," so berauschte man sich und die Oeffentlichkeit. Und um das glaubhaft zu machen, zeigte man Uniformen und nochmals Uniformen. Im Braunen Haus saßen tagelang die Zeichengenies über neuen Entwürfen. Die Kosten spielten keine Rolle. Hauptsache: Wir sind eine Macht, die nach außen in Erscheinung treten muß!

Aber einmal naht der Tag, an dem Rechnung gelegt wird. Kann sie beglichen werden? Nach den Veröffentlichungen der letzten Zeit steht fest, daß der größte Teil der SA.-Uniformen überhaupt nicht bezahlt ist. Mit gepumpten Hosen, Jacken und Stiefeln marschieren die SA.-Truppen durch die Straßen.

Die Verlautbarung der Reichszeugmeisterei spricht dafür Bände. „Wenn ihr keine Geduld zeigt," sagt man zu den Lieferanten, „dann machen wir bankerott und ihr bekommt überhaupt nichts." Ueberall im Nazilager derselbe Dalles. Zwar singt man noch „Die Straße frei den braunen Bataillonen", aber die Berappungsarie für die braunen Uniformen hat man noch nicht gelernt.

Hierzu liegt nun ein neuer Beleg vor. Die Frankfurter Volksstimme veröffentlicht ein ihr auf den Redaktionstisch gewehtes Mahnschreiben einer Frankfurter Firma, die keine Geduld mehr hat, auf das Dritte Reich zu warten:

Uniform-Spezialhaus Gottfried Schmidt, Frankfurt a. M.
Postscheckkonto Ffm. 867 25. Telephon 46 573.

Herstellung sämtlicher Bekleidungsstücke für die Hitlerbewegung und sonstiger vaterländischer Verbände.

Frankfurt a. M., 12. 9. 1932.
Uhlandstraße 31.

Herrn .....

.....

Ich nehme Bezug auf die gestern in ..... mit Ihnen gehabte Unterredung und teile Ihnen folgendes mit:

Nach reiflicher Ueberlegung muß ich Ihnen mitteilen, daß ich mich auf keine Ihrer Ausreden und Vertröstungen einlassen kann.

Sie haben die Haftung für die erfolgten Uniformlieferungen übernommen und an Sie werde ich mich ganz konsequent halten. Ich habe seinerzeit die Uniformen wunschgemäß geliefert und kann wohl auch aus Billigkeitsgründen verlangen, daß mir dieselben ordnungsgemäß wie vereinbart gezahlt werden.

Sie müssen ja schöne Parteigenossen und SA.-Kameraden haben, wenn die denken, ja, der soll warten, nein, Herr ..... so haben wir nicht gewettet, ich bin ein reeller deutscher Geschäftsmann und muß meine Lieferanten und Angestellten auch bezahlen. Nun kurz und gut, was soll ich nochmal lange Worte verlieren.

Ich verlange bis spätestens 19. September mein Geld, sollten Sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, so werde ich Sie persönlich zivilgerichtlich belangen und gegen Sie und alle Bezieher ein Uschla-Verfahren bei der Gauleitung anhängig machen.

Ich lasse mich nicht mehr länger vertrösten; ich glaube kaum, daß Sie es zum Aeußersten kommen lassen werden.

Hochachtungsvoll!

Wie hatten sich die SA.-Lieferanten um die Aufträge gerissen! Jetzt kommt der große Katzenjammer! Den SA.-Leuten kann man allerdings nachfühlen, daß sie nicht mehr in den Beutel greifen wollen. Der Sieg ist vorbeigelungen, die Chancen für den SA.-Mann sind kleiner geworden. Warum da Uniformen bezahlen, zumal man nicht weiß, wie bald sie als Mottenfraß im Schrank hängen müssen. Uebrigens, wo der Geldbeutel anfängt, hört bei vielen bekanntlich die Gesinnung auf. Bei dem schnicken SA.-Mann und bei seiner Lieferfirma. Katzenjammer herrscht bei allen Nazis.

Alte Nazi-Sprüche, die keiner glaubt

Aus einer Rede des preußischen nationalsozialistischen Fraktionsführers Kube bringt der nationalsozialistische Führer in großer Aufmachung den Satz: „Der Nationalsozialismus ist mit dem Marxismus fertig geworden." Dieser Satz stellt nach der einen Seite einen Schwindel, nach der anderen ein Bekenntnis dar. Der Schwindel liegt darin, daß es unwehr ist, daß die Nationalsozilaisten den „Marxismus" irgendwie unterkriegen konnten. Selbst ein Blick auf die letzten schweren Reichstagswahlen zeigt, daß die „marxistischen" Parteien insgesamt in gleicher Stärke, ja etwas verstärkt noch gegenüber früher, in den Reichstag gekommen sind. Es sind innerhalb der „marxistischen Parteien" Stimmenverschiebungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten vor sich gegangen, ein Einbruch in den „Marxismus" ist jedoch dem Nationalsozialismus nicht gelungen und wird ihm nie gelingen. Wenn jedoch der nationalsozialistische preußische Fraktionsführer Kube sich rühmt, „der Nationalsozialismus ist mit dem Marxismus fertig geworden", so kann darin höchstens das Bekenntnis liegen, daß es den Nationalsozialisten gelungen ist, durch ihre verräterische Hetzpolitik gegen die Sozialdemokratie die Volksrechte in Preußen und in Deutschland zu zerschlagen und dafür die preußischen Junker in den Sattel zu setzen. Dieses Bekenntnis ist allerdings interessant genug, um festgehalten zu werden; denn es bestätigt die Behauptung, daß Hitler der Königsmacher der Junkerregierung ist. Wenn sich die Nationalsozialisten dieser Tat noch rühmen, dann decken sie damit nur die Heuchelei auf, die in ihrem Scheinkampf gegen die Junkerregierung liegt. Das Volk allerdings durchschaut diesen Kampf und hat ihnen bei vielen Gemeindewahlen der letzten Wochen im Reich bereits die Quittung gegeben. Die Wahlen am 6. November werden jedoch erst recht zeigen, daß endlich das deutsche Volk über die verräterische Hetze der Nationalsozialisten Klarheit bekommt. Es regt sich allenthalben: Deutschland erwacht!

Die nationalsozialistischen Verfassungsdeklamationen

Der nationalsozialistischen Partei ist das Mißgeschick widerfahren, daß ihre Hetze gegen die Demokratie auch gegen die Republik nicht etwa damit endete, daß die NSDAP. („nationale Sammlung aller Postenjäger") zu ihrem Ziele kam, sondern das Ergebnis brachte, daß auf dem Rücken Hitlers sich „die feinen Leute" (wie Herr Goebbels erklärt) in den Sattel zur Beherrschung Deutschlands schwangen. Jahrelang deklamierten die völkischen Naziapostel, die „bessere Rasse" muß herrschen; da fanden die preußischen Junker, daß sie von besserer Rasse als „der Anstreicher aus Böhmen" seien und setzten sich in den Regierungssattel, während Herr Hitler den längst zu erwartenden Tritt bekam, nachdem er ja seine Dienste zur Diskreditierung von Verfassung und Parlament genugsam und erfolgreich geleistet hatte.

Nun, da ihnen die Felle fortgeschwommen, fangen auf einmal die Nationalsozialisten an, von „Verfassung" und „Volksrechte" zu reden, die sie zuvor nicht genug lästern konnten. Früher war der nationalsozialistische Führer voll von Schmähungen auf die Volksvertretung und Lobgesänge auf das „Führertum", heute redet er auf einmal ganz andere Töne — für jene, die dieser Windfahnenpolitik für unbefriedigte Postenjäger Glauben schenken. Denn nichts anderes als die Verärgerung der nicht zum Ziele gekommenen nationalsozialistischen Postenjäger ist es, die aus all den neuerlichen „Verfassungsdeklamationen" der Nationalsozialisten spricht. Sie werden daher mit ihrer geänderten Fassade keinen Anklang finden, da man weiß, daß dahinter noch die gleiche Fratze steht. Denn immer wieder muß die Arbeiterschaft feststellen: Ohne Hitler kein Papen; die Nationalsozialisten sind die Steigbügelhalter der Junkerregierung gewesen. Der Kampfruf der Sozialdemokratie jedoch lautet: Fort mit Papen und fort mit Hitler! Nur ein Sieg der Sozialdemokratie sichert die Wiederherstellung der Volksrechte!

„Gebt den Hungrigen Speise spendet zur Winternothilfe 1932/33!"

Die kirchliche Reaktion

Die Verwandlung der badischen evangelischen Kirche

Von Dr. Dietrich (Mannheim)

Als wir vor Wochen anläßlich der Landessynodewahlen in Flugblättern und Wahlversammlungen das evangelische Kirchenvolk auf die drohende Umwandlung der demokratischen badischen Kirchenverfassung hinwiesen, begegneten diese Hinweise dem bekannten Lächeln, von dem manche Behauptungen vor den Wahlen von den Zuhörern begleitet werden. Zu sehr ist die Demokratie seit Jahrzehnten Gemeingut des badischen Kirchenvolkes geworden, als daß jemand im Ernst an eine solche Tradition abschneidende Umwandlung glauben könnte. Noch nicht einmal die synodalen Abgeordneten, die sich am letzten Dienstag zum ersten Male in Karlsruhe zusammenfanden, hätten es für möglich gehalten, daß sich schon am andern Tag die Rechtsmehrheit eine Verfassung geschaffen hätte, die das beseitigt, was das Kernstück jeder kirchlichen Verfassung sein muß, nämlich Schutz der Minderheit.

Sachlich ist alles ganz einfach verlaufen. Die Positiven und die Nationalsozialisten haben einige Stunden lang die Köpfe zusammengesteckt, haben sich auf die Formulierung zur Umgestaltung der Kirchenregierung geeinigt, haben darüber abgestimmt unter dem Motto: „Entpolitisierung und Entparlamentarisierung" und dann verteilten sich die Positiven und die Nationalsozialisten die Kirchenregierungssitze. Die Liberalen und die religiösen Sozialisten, hinter denen viele Tausende von Wählern stehen, sind damit mit einem Federstrich von der kirchlichen Verantwortung ausgeschlossen worden, damit die „Homogenität" in die Kirchenregierung einziehen kann.

Diese Entwicklung schneidet eine Linie ab, die 1821 mit der Schaffung der kirchlichen Union einsetzte und schließlich zur Landessynode als der Vertretung der gesamten evangelischen Landeskirche führte. Auf dem, was sich geschichtlich herausgebildet hatte, baute die Verfassung von 1920 weiter und stellte das Kirchenvolk als Gestalter seines kirchlichen Lebens in den Mittelpunkt und betonte den Schutz der Minderheiten als Selbstverständlichkeit für eine wahre protestantische Kirche. Die positive Gruppe hat vor 12 Jahren, der Zeitströmung folgend, das gebilligt, was sie heute zerschlägt. **Mit Hilfe der Demokratie hat sie sich in den Sattel geschwungen.** Jetzt, da infolge der nationalsozialistischen Konkurrenz sie bei der letzten Wahl eine sichtbare Niederlage erlitten hat, ändert sie rasch mit Hilfe der Nationalsozialisten die Verfassung und setzt sich mit absoluter Mehrheit in die Kirchenregierung, obwohl sie knapp ein Drittel des badischen Kirchenvolkes hinter sich hat.

Und die positive Gruppe beseitigt den Schutz der kirchlichen Minderheiten, der mit Zustimmung der weitherzigen Liberalen einst in der Verfassung niedergelegt wurde. Damals wurde dieser Schutz zu Gunsten der Positiven geschaffen. Jetzt in der Macht existiert für sie der Begriff Minderheit nicht mehr. Am liebsten würden sie mit Stumpf und Stiel alles ausrotten, was liberal oder sozialistisch heißt. Die Nationalsozialisten haben dafür ein ganz einfaches Wort: Gehorsam. Jeder geistige Fortschritt ruht zuerst im Schoße der Minderheit. Das gibt es jetzt nicht mehr.

Im kommenden Frühjahr tritt die Landessynode zu ihrer Haupttagung zusammen. Sie wird das hier begonnene Werk vollenden. **Die Wahl der Pfarrer durch die Gemeinden wird verschwinden. Das Wahlrecht zur Landessynode wird umgestaltet und die Synodalen werden von den Gemeindekörperschaften gewählt werden.** Vielleicht wird schon im Frühjahr ein **evangelischer Bischof** in Baden herrschen. **Zu allen Zeiten geht kirchliche und politische Reaktion Hand in Hand.**

Es wurde bei der Begründung der Verfassungsumwandlung auch gar nicht vertuscht, daß der Stoß vornehmlich gegen die religiösen Sozialdemokraten geführt wurde. Die Begründung war allerdings ein Meisterstück gerissener Rebulistik. Es sollte gespart werden, sagte man vor der Umänderung. **Nach der Umänderung, also einige Stunden später, bewilligten sich dieselben „Gruppen für Sparsamkeit" die gleiche Entlohnungsweise wie bisher und lehnten einen Antrag ab, der die Kirchenregierungsmitglieder zu ehrenamtlicher Tätigkeit verpflichtet hätte.** Dann wurden die religiösen Sozialisten beseitigt, weil sie Opposition um jeden Preis getrieben haben sollen. Der wahre Grund war, die Kirchenregierung sozialistenrein zu machen, um wieder ganz unter sich zu sein.

Sozialisten als gleichberechtigte Mitglieder in einer Kirchenregierung! Man muß sich vorstellen, was für eine seelische Ueberwindung das bei einem Positiven bedeutet! Je früher man sich von diesem seelischen Druck befreien kann, desto besser für die „Homogenität" in der Kirche.

Im Hintergrund dieser verkrampften Versuche, die Sozialisten von der Verantwortung auszuschalten, steht die Angst. Noch einmal haben sich die Positiven mit Hilfe der Nationalsozialisten an der Macht gehalten, trotzdem sie im letzten Wahlgang bei stärkerer Wahlbeteiligung einige Tausend Stimmen verloren haben. Die religiösen Sozialisten steigen an. Geistig können sie nicht überwunden werden. Also werden die Machtmittel springen gelassen. Aus der Geschichte wissen wir, daß alle neuen Bewegungen durch einen solchen Druck hindurch mußten. So ist der Vorgang in der Synode für uns nur ein Kilometerstein, der uns zeigt, an welcher Station die Positiven angekommen sind.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Partei-Nachrichten

Die Reichsliste der SPD

Die Reichsliste der Sozialdemokratischen Partei zur Reichstagswahl weist folgende Namen auf:

Wels, Crispien, Vogel, Breitscheid, Hilferding, Juchacz, Landsberg, Dittmann, Graßmann, Stampfer, Marum, Schäfer, Tarnow, Völker, Seppel, Pfülf, Bernhardt, Stelling, Stücklen, Gellert, Polenske, Sievers, Simon, Pfändner, Schiff, Schwerdfeger, Schiffgens, Horlacher.

Gewerkschaftliches

Besserung der Konjunktur?

Stuttgart, 11. Okt. Die Firma **Daimler-Benz**, Werk Sindelfingen, hat beim württembergischen Gewerbeaufsichtsamt um die Genehmigung nachgesucht, wegen schlechten Geschäftsgangs **600 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen zu dürfen.**

Erfolgreiche Abwehr von Lohnkürzungen

Stuttgart, 11. Okt. In der Uhrenfabrikstadt **Schwenningen** hatten einige Firmen, darunter der Großbetrieb Kienzle A.-G. in der vergangenen Woche ihren Belegschaften Lohnkürzungen von 2 bis 10 Prozent und mehr angekündigt. Daraufhin beschlossen die Arbeiter vom 10. Oktober an in einen Streik einzutreten, wenn nicht bis Samstag mittag 12 Uhr die angekündigten Lohnkürzungen wieder zurückgenommen worden seien. Die entschiedene Stellungnahme der Belegschaften hatte den gewünschten Erfolg. Die Arbeitgeber blieben auf der ganzen Linie den Ansturm auf die Arbeitslöhne ab; der Arbeitsfriede bleibt erhalten, was die Arbeiterschaft lediglich ihrer Geschlossenheit und Einigkeit zu verdanken hat. Daraus sollte man überall die Lehre ziehen, daß jeder Spaltungs- und Zersetzungsversuch innerhalb der Arbeiterbewegung nur den Feinden der Arbeiterschaft nützt.

Volkswirtschaftliches

Optimismus im Klöckner-Abschluß

Der Abschluß des **Klöckner-Konzerns** für das Jahr 1931/32, der einen **Gesamtverlust** von fast 10,5 Millionen Mark vorsieht, kann bei der notwendig gewordenen Sanierung auf den wohlgefüllten **Reservefonds** zurückgreifen. Die Herabsetzung des **Aktienkapitals** um 5 auf 105 Millionen Mark wird aus dem Reservefonds gedeckt. Der Reservefonds gibt auch weitere 7,5 Millionen Mark her, so daß nur etwa 3 Millionen Mark als Verlust vorgetragen zu werden brauchen. Ob damit die Sanierung bei Klöckner endgültig ist, muß bezweifelt werden. An Wertpapieren und Beteiligungen sind nur 370 Millionen Mark abgeschrieben worden. Andere Beteiligungen, die unrentabel geworden sind, hat man mit Abschreibungen verschont. Diese sogenannten Dauerbeteiligungen sind aber die Hauptbeteiligten bei Klöckner. Man kann annehmen, daß man mit den bei Klöckner getroffenen Maßnahmen nicht eine Bewertungsgrundlage gefunden hat, die sich kommenden Ereignissen gewachsen zeigt.

Interessant sind auch die Ausführungen im Klöckner-Bericht über die **Selbstkosten**. Es wird darüber gesagt, daß die Selbstkosten so weit gesenkt sind, daß schon eine geringe Produktionszunahme genüge, um entsprechende Auswirkungen auszulösen. Das ist **derselbe Optimismus**, wie ihn u. a. auch Fritz Thyssen gegenüber dem Stahlverein geäußert hat. Im übrigen zeigen diese Ausführungen, daß ein **weiterer** Lohnabbau, wie er immer wieder von der Schwerindustrie verlangt wird, **keinen Sinn** hat. Nach dem Geständnis der Industrie liegen die Selbstkosten heute schon so niedrig, daß bei einer weiteren Drosselung nichts mehr zu erreichen ist. Alles hängt davon ab, ob man eine **Produktionszunahme** erzwingen kann. Mit weiterem Lohnabbau stemmt sich aber die Schwerindustrie gegen eine Produktionszunahme.

Die Benzinkonvention

hat mit Wirkung vom 11. Oktober die Benzinpreise um 2 Pfennig heraufgesetzt. Die Preiserhöhung gilt für das ganze Reichsgebiet. In **Berlin** kosten danach, immer pro Liter, Benzin 35 Pf., Gemische 39 Pf. und Benzol 46 Pf.; in **Hamburg** 34 bzw. 38 bzw. 45 Pf.; in **Breslau** und **München** 34 bzw. 42 bzw. 48 Pf., und in **Köln** 37 bzw. 41 bzw. 47 Pf.

Das ist die dritte Preissteigerung, die die Benzinkonvention seit Ende September, nach dem Eintritt der Russen in die Konvention, vornimmt. Die vorletzte Preiserhöhung um 2 Pf. am 1. Oktober wurde als Ausgleich für die überhöhte Spritbeimischungsquote ausgegeben, obwohl die Belastung aus der erhöhten Spritbeimischung nur 1 Pf. beträgt. Der Plan der Konvention geht dahin, den **Benzinpreis allgemein um 6 Pf. zu erhöhen**, wobei die Erhöhung vom 1. Oktober infolge der Spritbeimischung unberücksichtigt bleibt. Insgesamt hat also der Verbraucher, wenn sich die Pläne der Konvention erfüllen, mit einer **Verteuerung** des Benzins ab 1. Oktober **um 8—9 Pf. pro Liter** zu rechnen.

Den Ablauf der Preiserhöhungssperre für Kartelle am 1. Juli fassen offenbar zahlreiche Kartelle als Freibrief für neue **Preisdiktate auf.**

Preiserhöhung für Autotreibstoffe

Für alle Autotreibstoffe tritt ab morgen eine Preiserhöhung um zwei Pfennig je Liter für das ganze Reichsgebiet in Kraft. Künftig werden z. B. in Berlin die Literpreise für Benzin 35 Pf., für Gemische 39 Pf. und für Benzol 46 Pf. betragen. Für Hamburg lauten die entsprechenden Preise 34, 38 und 45 Pf., für Breslau und München 38, 42 und 48 Pf. und für Köln 37, 41 und 47 Pf.

Falsche Zollpolitik

Als die Regierung von Papen vor einigen Wochen den deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag kündigte, war eine **beträchtliche Zollerhöhung für die Eiereinfuhr nach Deutschland** zu befürchten. Diese Zollerhöhung ist jetzt eingetreten. Der Zoll, der bisher 5 ℳ betrug, verzehnfacht sich auf 50 ℳ.

Das ist das berühmte und berüchtigte Mittel, der deutschen Landwirtschaft zu helfen. Den deutschen Hühnerhaltern geht es wirklich nicht gut. Aber mit einem verzehnfachten Zoll wird es ihnen nicht besser gehen. Der erhöhte Zoll bedeutet, daß sich das Ei in Deutschland um 3,5 Pfennig verteuert. Woher sollen die Konsumenten das Geld nehmen? Sie können es nicht stehlen. Also werden sie weniger Eier essen und kaufen. Die Gewinn- und Absatzmöglichkeiten für die Hühnerhalter verringern sich damit.

Dem deutschen Eierproduzenten kann **nur durch Verbilligung von Futtergetreide** geholfen werden, nicht durch Zoll. Das wird die Zukunft bald lehren. Die Losung der **Sozialdemokratie** ist deshalb, eine genügende Verbilligung der Futtergetreidepreise herbeizuführen, um so den Geflügelhaltern wirkliche Hilfe zu bringen. Die Papensche Zollerhöhung ist keine Hilfe.

Soziale Rundschau

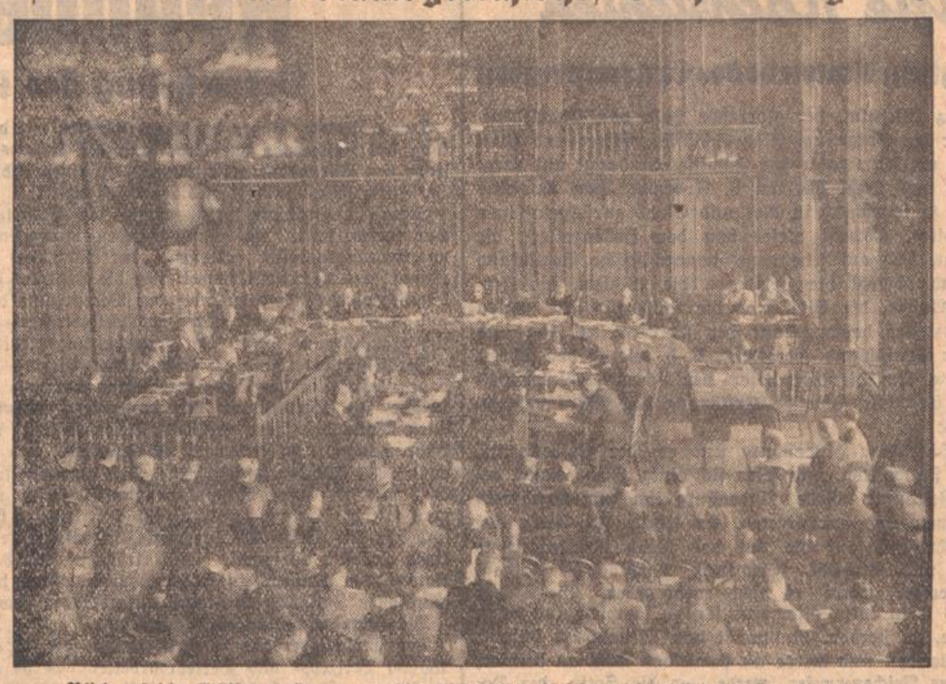
Verbandstag der deutschen Baugenossenschaften

Der Hauptverband Deutscher Baugenossenschaften und Gesellschaften e. V., Berlin, hält seinen diesjährigen Verbandstag am 15. und 16. Oktober 1932 in Berlin ab, und zwar findet am 16. Oktober, vormittags 10½ Uhr, im Plenarsaal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates eine öffentliche Sitzung statt. Der Verbandsdirektor des Hauptverbandes, Oberregierungsrat a. D. Dr. Weber, wird einen Vortrag über „Mieten und Lasten der gemeinnützigen Bauvereinigungen" halten. Eintrittskarten zur öffentlichen Sitzung sind in der Geschäftsstelle des Hauptverbandes, Berlin SW. 11, Dessauer Straße 39/40, erhältlich.

Ein neues Lehrinstitut für Dentisten in München

Die Dentisten, die in Karlsruhe vor drei Jahren ihr Lehrinstitut zu einer ganz modernen, erstklassigen Einrichtung umgestalten konnten, sind wieder einen ganz erheblichen Schritt weiter gekommen; sie haben nun auch das **Münchener Lehrinstitut** umgebaut, erweitert und modernisiert. Man kann nicht umhin, den Reichsverband Deutscher Dentisten zu dieser neuen Tat zu beglückwünschen. Die Eröffnung des neuen Instituts war mit einer schlichten Feier verbunden. Die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, der Krankenkassen, der Presse usw. waren des Lobes voll über das mustergültige moderne Institut. Die gesamte Neuausstattung entspricht den modernsten schulischen und zahnhygienischen Anforderungen. Das neue Werk ist umso höher einzuschätzen, als es in einer Zeit der unerhörtesten Depression der deutschen Wirtschaft geschaffen wurde.

Das erste Bild von der Staatsgerichtshof-Verhandlung in Leipzig



Blick auf die Eröffnungssitzung. — Am Mitteltisch Reichsgerichtspräsident Dr. Bumbke.

Köpfe zum Prozeß vor dem Leipziger Staatsgerichtshof

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumbke, unter dessen Vorsitz die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof geführt werden.

Ministerialdirektor Dr. Brecht, der die frühere preuß. Staatsregierung vertritt.

Prof. Gerh. Anschütz, der große Staatsrechtslehrer, der von der klagenden Partei als Sachverständiger hinzugezogen wurde.

Letzte Nachrichten

Monarchische Umtriebe des Exkronprinzen

Exkronprinz Wilhelm, der glorreiche Held von Charleville, hat nicht nur die Sorge um seine Schlösser, Güter und Pensionen, sowie um seine zahlreiche Familie. Er bangt und sorgt sich auch um das Wohl des am 9. November von ihm und seinem Papa so schmählich in Not und Elend zurückgelassenen deutschen Volkes. Obwohl dieses von den Hohenzollern die Nase voll hat, und auf jede neue monarchistische Beglückung verzichtet, und obwohl die Friederic, die Wihlem, die Ferdinand, die Auwis, die Eitel und die Luise für alle Zeiten schriftlich verzichtet haben, sinnt der Exkronprinz Tag und Nacht, wie er Deutschland „erretten", d. h. wie er den Thron besteigen könne. Am Dienstag liefert der Vorwärts einen Beitrag hierzu. Er stellt folgende **Erklärung des Exkronprinzen** unter **Beweis**:

„Papen, Schleicher, Hindenburg und er, der Exkronprinz, wüßten, was sie wollten, und seien sich einig. Im geeignet erscheinenden Zeitpunkt würde Hindenburg ihn zum **Reichsverweser** bestimmen und zurücktreten. Er werde sich dann auf die Reichswehr und auf die auf das Reich übergegangene Schutzpolizei und 400 000 bewaffnete Stahlhelmer stützen. Einen 9. November werde es nicht mehr geben. Die Träger dieses Planes seien entschlossen, für sich zu kämpfen und wenn es sein müsse, zu sterben. Rupprecht von Wittelsbach sei mit ihnen einverstanden und werde an demselben Tag, an dem er, der Exkronprinz Reichsverweser werde, an die Spitze der Donauländer treten."

Bald nach dieser Veröffentlichung des Vorwärts haben die Pressebediensteten des Herrn von Papen folgendes nichtssagende Dementi erlassen:

„Die Reichsregierung stellt zu den im Vorwärts Nr. 480 vom 11. Oktober unter der Ueberschrift „Umtriebe des Exkronprinzen" veröffentlichten Gerüchten über eine angebliche Einsetzung des früheren Kronprinzen zum Reichsverweser und die daran geknüpften Kombinationen fest, daß es sich dabei um ein reines Phantasieprodukt handelt."

Daß es sich hier um ein Phantasieprodukt des Vorwärts handelt, sagt das Dementi nicht. Es könnte also nur der Exkronprinz phantasiert haben. Warum soll also jetzt der Kronprinz phantasieren?

Kleine bad. Chronik

* **Grötzingen** bei Karlsruhe, 11. Okt. **Personenkraftwagen fährt in die geschlossene Wegschranke.** Am 10. Oktober kurz nach 18 Uhr fuhr ein Personenkraftwagen in die ordnungsmäßig geschlossene und beleuchtete Wegschranke am Bahnübergang im Bahnhof Grötzingen und kam auf dem Gleis Pforzheim—Karlsruhe zum Halten. Er konnte kurz vor der Einfahrt des Personenzugs, der bis auf 50 Meter herangekommen war, mit eigener Kraft zurückfahren, so daß ein größeres Unglück vermieden wurde.

Im Bezirk der Reichsbahndirektion Karlsruhe ist dies im laufenden Jahre der 53. Fall, daß geschlossene Wegschranken von Kraftfahrzeugen durchfahren und Menschenleben durch Unachtsamkeit erheblich gefährdet wurden.

* **Blankstadt**, 11. Okt. **Weitere Verkehrsunfälle.** Am Sonntag abend fuhren am Bahnhof zwei Motorradfahrer aus Waldmichelbach, die des Weges unkundig waren, auf den Bahnkörper und fuhren dort 15 Meter weiter. Beide wurden von dem Fahrzeug geschleudert und erlitten so schwere Verletzungen, daß sie nach Heidelberg ins Krankenhaus überführt werden mußten. Dem Lenker wurde u. a. die ganze Stirnhaut abgerissen.

* **Wiesental** bei Bruchsal. Zu der in Nr. 221 veröffentlichten und aus der D. Z.-Korrespondenz entnommenen Notiz „Weil er eine Wut hatte...." schreibt uns Herr Engelbert Knebel u. a.: An dem betreffenden Montag, den 19. September 1932 abends — es war schon am Dunkeln —, war ich auf dem Wege zu meiner Behausung, als ich zuvor mir in einem in der Nähe befindlichen Ladengeschäft Kautabak holte. Kurz vor meinem Hause wurde ich von den Geschwistern F. von hinten angefallen, ohne jeden vorherigen Wortwechsel oder Streit. Notgedrungen mußte ich mich zur Wehr setzen. Da ich durch das Abschneiden von dem oben erwähnten Kautabak gerade noch das Messer in der Hand hatte, so war es möglich, aber nicht in meinem Willen, daß die Mädchen Verletzungen erhielten, welche aber so geringfügig waren, daß die Mädchen einige Tage darauf wieder ihre Arbeit in der Fabrik aufnehmen konnten, somit also keinen nennenswerten Schaden erlitten haben. Betreffs des Reichswehrsoldaten benötigt es hier keiner Erklärung, da es sich um einen Racheakt von seiten der Schwestern F. handelt und nicht um eine Eifersuchtssache. Engelbert Knebel.

Eine interessante Entscheidung.

Odol- und Chlorodont-Mundspülglas!

Die Lingner-Werke in Dresden erkannten schon vor 26 Jahren, daß es sich empfiehlt, zum Mundspülen ein besonderes Glas zu verwenden und dieses als solches zu kennzeichnen. Damals wurde aus besonders schönem, durchsichtigem Kristallglas das Odol-Mundspülglas geschaffen, das das bekannte Wort „Odol" auf einem runden blauen Etikett zeigt. Das Odolglas, wie es schlechthin genannt wird, ist seit dieser Zeit untrennbar mit dem Begriff der Mundpflege verbunden. — Die Leo-Werke in Dresden erkannten den Wert dieses Propagandamittels und brachten ebenfalls ein Mundspülglas mit der Aufschrift „Chrolodont" auf den Markt, jedoch aus undurchsichtigem Milchglas. Vor einigen Jahren gingen sie dazu über, auch ein durchsichtiges Glas in den Handel zu bringen, das ihre Marke in weißer Schrift auf blauem Grunde trug. Die Lingner-Werke erhoben dagegen Einspruch. Nach langwierigem Prozeß verbot das Kammergericht in Berlin den Leo-Werken unter Strafandrohung den Weitervertrieb dieser durchsichtigen Mundspülgläser, weil sie mit dem Odolglas verwechselungsfähig sind und das durchsichtige Mundspülglas mit blauem Etikett und weißer Aufschrift als Kennzeichen von Odol gilt. Die gegen dieses Urteil bei dem Reichsgericht eingelegte Revision der Leo-Werke ist zurückgewiesen worden.

Regiment der Willkür

Vermehrung der Arbeitslosigkeit durch die Reichsbahn

Das erbitterte Ringen der Gewerkschaften mit der Hauptverwaltung der Reichsbahn zur Erhaltung der Arbeitsstellen für Tausende von Eisenbahnern ist nunmehr zu einem **Abschluß** gekommen. Zu einem sehr wenig befriedigenden Abschluß!

Schon im Frühjahr prophezeiten die Personalreferenten der Hauptverwaltung, im Herbst würden mindestens 30 000 Bahnunterhaltungsarbeiter entlassen; der Rückgang der Einnahmen zwinge dazu. Im Frühsommer stieg die Zahl der von Arbeitslosigkeit bedrohten Eisenbahner bei der Vereinigung des Etats bereits auf 40 000, und im Juli waren nach weiterer Etatsdrosselung angeblich plötzlich rund 52 000 Bahnunterhaltungsarbeiter überzählig.

Der **Einheitsverband** der Eisenbahner wie der Hauptbetriebsrat haben **rechtzeitig** der Hauptverwaltung **durchaus brauchbare Vorschläge zur Vermeidung der drohenden Entlassungen** gemacht. Diese Vorschläge sahen im wesentlichen so aus: Allein in diesem Jahr wurden 1800 Kilometer **Gleisumbau** und der Einbau von rund 9000 **Weichen** zurückgestellt. Die Umbaustoffe waren vorhanden; nur der reine Arbeitslohn war flüssig zu machen. Rechnet man mit der Hauptverwaltung für 1 Kilometer Gleisumbau 1800 und für die Weiche 60 Tagewerke, so hätten die 52 000 überzähligen Arbeiter allein mit diesen Arbeiten rund 3 Monate beschäftigt werden können. An Lohnausgaben wären hierdurch im ungünstigsten Fall 22,5 Millionen aufzubringen gewesen.

Die Hauptverwaltung hat **abgelehnt.**

Der Einheitsverband forderte weiter, die Arbeitszeit der 180 000 Betriebs- und Verkehrsarbeiter von 54 auf 48 Stunden zu kürzen. Dadurch hätten mindestens 16 000 Arbeiter mehr beschäftigt werden können, ohne daß nennenswerte Mehrausgaben entstanden wären.

Die Hauptverwaltung **lehnte** ab.

Der Einheitsverband forderte schließlich **Pensionierung der über 60 Jahre alten Arbeiter.** Dadurch hätten rund 6000 Arbeitsplätze freigemacht werden können.

Die Hauptverwaltung **lehnte** ab.

Trotzdem ließen die Gewerkschaften nicht locker und die Hauptverwaltung kam in eine schwierige Lage, als es gegen ihren Willen **den Gewerkschaften gelang, bei der Reichsregierung Mittel für zusätzliche Arbeiten flüssig zu machen.** Die Reichsregierung hat der Hauptverwaltung die Verkehrssteuern erlassen. Damit standen der Reichsbahn 180 Millionen Mark zur Verfügung. Aber auch jetzt bequemte sie sich erst unter dem Druck der Reichsregierung dazu, einen **verschwindend kleinen Teil dieses Betrages für zusätzliche Arbeiten** bereitzustellen, nämlich in dem Umfang, daß 24 000 Arbeiter für die Zeit von zwei Monaten beschäftigt werden können. Das ist nun der **ganze Beitrag** der Reichsbahngesellschaft zur Vermeidung des Abbaus der Eisenbahnarbeiter. Trotz der von der Reichsregierung bereitgestellten Mittel und in schreiendem Gegensatz zu dem vom Verwaltungsrat großsprecherisch verkündeten Ankurbelungsprogramm der Reichsbahn wurden zunächst einmal sämtliche angeblich zu viel vorhandenen 52 000 Bahnunterhaltungsarbeiter restlos entlassen. **22 000 Arbeiter,** Eisenbahner, **fliegen sofort auf die Straße,** nur **für 24 000** Arbeiter gibt es noch eine **Galgenfrist von zwei Monaten,** und nur dem Umstand, daß die halbverhungerten Bahnunterhaltungsarbeiter jetzt auch noch gezwungen werden, eine Feierschicht pro Woche auf sich zu nehmen, ist es zu verdanken, wenn **6000 Arbeiter Beschäftigungsmöglichkeit für die Wintermonate** finden. Von den 180 Millionen Mark, die der Reichsbahnverwaltung aus der erlassenen Verkehrssteuer zufließen, werden ganze 5,9 Millionen für Gleiserneuerungsarbeiten aufgewandt.

Das also ist die **Arbeitserhaltung des größten deutschen Arbeitgebers** vor dem Eintritt des Winters. Aber damit noch nicht genug. Der größte deutsche Arbeitgeber bringt es fertig, daß die Arbeiter, die noch zwei Monate weiter beschäftigt werden, nur noch als Zeitarbeiter, d. h. nicht mehr zu den tarifvertaglichen Arbeitsbedingungen eingestellt werden. Diese Arbeiter müssen sich schon bei der neuen Einstellung verpflichten, daß sie ohne Widerspruch in spätestens drei Monaten ausscheiden. In einer Verfügung hat die Hauptverwaltung sogar angeordnet, daß Arbeiter, die gegen ihre Entlassung Einspruch erhoben und Unwille geltend gemacht haben, nicht eingestellt werden dürfen. Das ist geradezu eine Teufelei. Man will so verhindern, daß die Verwaltung unter Umständen von den Arbeitsgerichten zur Wiedereinstellung verurteilt wird. Statt die Entlassungen mindestens für die 30 000 benötigten Arbeiter nicht erst akut werden zu lassen, peinigt man diese Arbeiter bis aufs Blut. Satte Reichsbahndirektoren, die doppelt und dreimal soviel Einkommen haben als gleichaltrige Reichs- und Staatsbeamte, schikanieren ausgehungerte Arbeiter.

Aus aller Welt

Das neue Bauhaus

Das kürzlich in Dessau geschlossene „Bauhaus" wird — voraussichtlich bereits Ende Oktober — in Berlin neueröffnet. Professor Mies van der Rohe, der Leiter des Bauhauses, mietete zu diesem Zweck die Räume einer ehemaligen Telephonfabrik in Steglitz.

Mordprozeß Cecchini

CNB. **Locarno**, 10. Okt. Am Montag vormittag begann vor dem hiesigen Schwurgericht der Prozeß gegen den 25 Jahre alten italienischen Staatsangehörigen **Luigi Cecchini**, der am 3. April 1930 seine in Berlin geborene **Gattin Eva geborene Koppel**, Tochter von Dr. August Koppel, Berlin, **getötet hatte.** Eva Koppel hatte den jungen Italiener im November 1929 geheiratet. Luigi Cecchini ist des vorbedachten Gattenmordes angeklagt. Nach dem Tessiner Strafgesetz, das keine Todesstrafe kennt, kann er nur zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt werden. — Der Angeklagte gab bei seiner Vernehmung die Tat zu. Er gestand, daß zwischen seiner Frau und ihm **wegen der Verschiedenheit ihrer Gewohnheiten und Charakteren** nicht mehr ein gutes Einvernehmen herrschte. Seine Frau hatte ihn mehrere Male verlassen, doch kehrte sie immer wieder zurück. Nach der Erklärung des Angeklagten hatten die beiden Eheleute am 2. April 1930 beschlossen, sich **scheiden** zu lassen. Am 3. April kam es dann zu der verhängnisvollen Besprechung. Der Gatte fragte seine Frau plötzlich, warum sie sich scheiden lassen wollte; sie habe geantwortet: „Weil ich dich nicht mehr liebe." Daraufhin schoß Cecchini, ohne ein weiters Wort zu sagen, seiner Frau **zwei Kugeln** in den Kopf, die ihren Tod herbeiführten. Nach der Tat flüchtete er und wurde vier Tage später in Lugano **verhaftet.** Der Hauptzeuge, der Antiquar Uhlmann in Lugano, erklärte, daß er am 25. März 1930 mit Frau Cecchini zufällig zusammengetroffen sei. Frau Cecchini habe damals erklärt, ihr Mann habe sie in grober Weise geschlagen und ihr mit dem Tode gedroht. Weiter habe sie gesagt, daß derartige heftige Auftritte zwischen ihr und ihrem Gatten schon sehr oft vorgekommen seien. Dr. Manzoni, der Direktor der Irrenanstalt Mendrisio, gab in seinem ersten Gutachten an, daß der Angeklagte, der einige Zeit zur Beobachtung in der Irrenanstalt untergebracht war, voll zurechnungsfähig sei. Der Psychiater erkannte jedoch an, daß es sich um ein sogenanntes **Affektdelikt** handeln könne.

Die Hörerzahlen der Welt

Eine zuverlässige Schätzung der Rundfunkbeteiligung aller europäischen und außereuropäischen Länder der Welt veröffentlicht der **Weltrundfunkverein,** in dem auch Deutschland vertreten ist. Danach sind im ganzen etwa 35 Millionen Rundfunkempfänger in Betrieb. Wenn durchschnittlich auf jedes Gerät vier Hörer gerechnet werden, so gibt es etwa hundertvierzig Millionen Hörer.

Prozeß Dr. Eckener gegen Brennessel

Wie erinnerlich, hatte das Amtsgericht Tettnang den Redakteur des in München erscheinenden, politischen Witzblattes Die Brennnessel, das bekanntlich in einem **nationalsozialistischen** Verlag erscheint, wegen Beleidigung von Dr. Eckener in Friedrichshafen zu **100 ℳ** Geldstrafe verurteilt. Der Verurteilte sowie der Kläger legten Berufung ein. Beide Berufungen wurden aber nacheinander zurückgezogen, so daß das **Urteil rechtskräftig** geworden ist.

Um die Ehre

Die nach längerer Verhandlung des Hamburger Disziplinargerichts aus verschiedenen Gründen ihres Dienstes enthobene Frau Regierungsrat Erkens machte einen **Selbstmordversuch** durch Einnehmen von Gift, konnte aber ins Leben zurückgerufen werden. Frau Erkens beabsichtigt im übrigen gegen das Urteil Berufung einzulegen. Sie macht geltend, daß die Verhandlung gegen sie gerichtsnotorisch gemacht habe, daß sie, entgegen früherer Annahme, an dem Selbstmord zweier ihr unterstellter Beamtinnen keine Schuld trage.

Das Urteil im Falle Erkens

Die **Hamburger Disziplinarkammer** fällte das Urteil gegen die **Regierungsrätin I. Erkens von der Hamburger weiblichen Kriminalpolizei.** Frau Erkens wurde zur Strafe der Dienstentlassung verurteilt, jedoch wurden ihr mildernde Umstände zugebilligt, um dadurch dem Senat und dem Bürgerausschuß die Möglichkeit zu geben, ihr eine Pension oder eine vorübergehende Unterstützung zu gewähren. Die Angelegenheit bezieht sich auf die Vorfälle in der Hamburger weiblichen Polizei im Sommer vorigen Jahres, wo zwei Beamtinnen, die der Frau Erkens unterstellt waren, auf der Insel Pellworr **Selbstmord** begangen haben. Das Gericht hat eine Schuld der Frau Erkens an dem Tode der beiden Beamtinnen **nicht** feststellen können, auch ungehörige Behandlung ihrer Untergebenen konnte ihr nicht nachgewiesen werden. Die Strafe wurde ausgesprochen wegen Ungehorsams gegen dienstliche Anweisungen und wegen unrichtiger Presseinformationen über amtliche Vorgänge.

Riesiger Betäubungsmittelprozeß

CNB. **Alexandrien**, 10. Okt. Ein riesiger Betäubungsmittelprozeß, in den nicht weniger als 63 Personen verwickelt sind, fand hier seinen Abschluß vor dem Gericht. 24 Angeklagte wurden zu zwei Jahren **Gefängnis** und 1000 Pfund Geldstrafe, einer zu vier Jahren Gefängnis und 800 Pfund Geldstrafe, drei zu drei Jahren Gefängnis und je 600 Pfund Geldstrafe und drei weitere zu einem Jahr Gefängnis und 600 Pfund Geldstrafe. 22 Angeklagte wurden freigesprochen. Neun werden sich vor den Konsulargerichten zu verantworten haben. Einer wurde zur Deportation verurteilt.

Schlag gegen Autodiebe

Das Autodiebstahls-Dezernat der Berliner Kriminalpolizei stellte im Zusammenhang mit der kürzlich erfolgten Verhaftung des **Schwindlers Georg Rindfleisch** fest, daß die Rindfleischbande im ganzen etwa **300 Berliner Privatautos gestohlen** hat. Die Wagen wurden jeweils in einer Garage in Berlin-Steglitz umgearbeitet und dann nach deutschen Großstädten verschoben. Haupt und Organisator der Diebstahlsbande ist allem Anschein nach der 48 Jahre alte Paul Hehne aus Berlin-Lichterfelde. Hehne ist flüchtig.

Man kam der Bande durch einen Zufall auf die Spur. Rindfleisch, der wegen einer Wechselfälschung noch eine Strafe abzusitzen hat, mietete sich eines Tages unter falschem Namen in einem Hause in Berlin-Steglitz ein. Ein Kriminalbeamter, der ihn beobachtete, stellte fest, daß Rindfleisch einer Steglitzer Autogarage besonders häufige Besuche abstattete. Als sich der Kriminalbeamte für die Garage interessierte, entdeckte er die Einrichtung einer geradezu vollendeten Autofälscherwerkstatt. Für alle beim Umarbeiten von Autos vorkommenden Arbeiten waren Spezialmaschinen vorhanden: Apparate zur Anfertigung gefälschter Stempel, Schleifmaschinen zur Beseitigung von Markenschildern und Fabriknummern, Zubehörteile usw. Auch in „kaufmännischer" Beziehung war Rindfleischs Bande auf der Höhe: u. a. fand man eine **Kartothek von Autobesitzern,** deren Wagen gestohlen werden sollten. Um sich in den Besitz dieser Autos zu setzen, arbeitete die Bande mit allen möglichen Tricks. So wurde einmal ein Arzt zum Besuch einer schwerkranken Frau aufgefordert; während er die angeblich im 4. Stockwerk wohnende Patientin aufsuchte, wurde sein vor dem Hause wartender Wagen gestohlen. Wenn die Autos bis zur Nichtwiedererkennbarkeit umgearbeitet waren, wurden sie von Rindfleisch, Hehne oder dem inzwischen gleichfalls verhafteten Walter Klewicz in die Provinz gefahren. Die Hamburger und Magdeburger „Vertrauensleute" der Bande sich inzwischen ebenfalls festgenommen worden; weitere Verhaftungen stehen bevor.

Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie

Ziehung 1. Klasse 21. und 22. Oktober ▪ Lose bei den staatl. Lotterieeinnehmern

Groß-Karlsruhe

Karlsruher Bürgerausschuß

Sämtliche Vorlagen angenommen

* **Karlsruhe,** 11. Okt. 1932.

Nach recht langer Pause wurde der Bürgerausschuß auf heute nachmittag wieder einmal einberufen. Eine sehr reichhaltige Tagesordnung stand zur Verabschiedung und das Redebächlein plätscherte sehr lustig und lange. Warum auch nicht, wenn man so selten Gelegenheit zum Reden erhält?

Für die KPD. war nach allem Anschein ein kleines Krakeelchen fällig, denn zunächst wollte sie einen neuen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wissen, nämlich den Pflichtarbeiterstreik. Nun ist einmal die Festsetzung der Tagesordnung Sache des Stadtrats und der Oberbürgermeister erklärte den Antrag als unzulässig. Diese Ablehnung brachte die KPD.-Fraktion aus dem Häuschen, wobei Stadtrat Bauer drei Ordnungsrufe „eroberte" und schließlich ausgewiesen wurde. Da er freiwillig der Ausweisung nicht Folge leistete, half auf Befehl des Oberbürgermeichers die Polizei nach. Der Schluß des ganzen KPD.-Theaters war das obligatorische Geschimpfe der Kommunisten auf die Sozialdemokratie, trotzdem letztere mit der ganzen Sache nichts zu tun hatte.

Als erster Punkt der Beratungen, während welchen der Oberbürgermeister die Zügel der Geschäftsordnung recht straff führte, vielleicht dann und wann etwas zu straff, kam die **Aenderung der Dienstverhältnisse bei der Berufsfeuerwehr** zur Beratung, wobei das Feuerlöschwesen der Stadt Karlsruhe im allgemeinen von verschiedenen Rednern gestreift wurde. Stadtv. **Riedinger** von der KPD. wetterte als fanatischer Vertreter der Diktatur gegen die Diktatur des Oberbürgermeisters und verlangte mehr Rechte des Bürgerausschusses. Daß er dabei seiner Diktaturauffassung eine Ohrfeige versetzte, hatte er scheints vor lauter Redelust vergessen. Stadtv. **Stäbel** von den Nazis bemühte sich lebhaft, seine Ausführungen mit Widersprüchen zu spicken. Bei einem Nazis allerdings keine Seltenheit. Ein schweres Heimwehlied nach der alten freiwilligen Feuerwehr stimmte Stadtv. **Ziegler** (DNatl.) an. Als warmen Fürsprecher für die Interessen der Berufsfeuerwehrleute zeigte sich Genosse Stadtv. **Koch.** Die Richtlinien zu den Angestelltensatzungen lehnte er strikte ab und trat für Beibehaltung der Berufsfeuerwehrleute im Beamtenverhältnis ein. Er stellte ferner fest, daß der große Wechsel bei der Berufsfeuerwehr zeigte, daß es dorten etwas faul ist. Er griff sodann die Tätigkeit des Branddirektors an und gab ein derbes Beispiel bekannt aus dem Verhalten des Branddirektors gegenüber seinen Untergebenen. Bürgermeister **Sauer** bemüht sich, die Vorlage zur Annahme zu bringen. Er trat u. a. auch für Erhöhung der Abfindung ein. Bürgermeister **Schneider** gab die Auffassung kund, daß Branddirektor Wilcke ein anständiger Mensch und tüchtiger Feuerwehrmann sei. Redner versuchte, die Anwürfe des Genossen Koch zu entkräften. Oberbürgermeister Dr. **Finter** griff auf den Konflikt der alten Freiwilligen Feuerwehr mit der Stadtverwaltung zurück und wies jede Schuld der Stadt von sich. Dies rief den Stadtv. **Bindschädel** (W. Vg.) auf den Plan, der den Standpunkt der alten Freiw. Feuerwehr vertrat, ohne jedoch überzeugend zu wirken. Eine Abwechslung in den ernsten Beratungen bot Stadtrat **Stäbel** (D.Natl.), indem er den Anstandsapostel mimte, was allseitige Heiterkeit hervorrief. Die Vorlage fand sodann in verbesserter Form Annahme.

Zu einer ausgiebigen Debatte kam es auch bei der Vorlage **Erweiterung des Operationsgebäudes des städt. Krankenhauses,** aber jeder Redner betonte die Notwendigkeit des Umbaues, so daß also nur eine Meinung herrschte. Unsere Genossen **Flößer** und **Schulenburg** traten energisch für die Vorlage ein, schon im Interesse der Arbeitsbeschaffung. Die Abstimmung bekräftigte dies denn auch.

Im Gegensatz zu dieser Vorlage fiel das Kollegium in mehrere Meinungslager auseinander bei der Besprechung der **Erhöhung des Barfahrscheintarifes** von 15 Pfg. auf 20 Pfg. Die Befürworter vertraten den von der harten Wirklichkeit diktierten Standpunkt, daß die Einheimischen das Heftchen benützen, wodurch die Fahrt nur 13½ Pfg. koste und daß andererseits bei der Straßenbahn das Defizit verringert werden müsse. Das Für und Wider fand eingehende Beleuchtung, wobei die KPD. die weitgehendsten Anträge stellten, u. a. daß die Fürsorgeunterstützten umsonst fahren dürfen. Es wurde des langen und breiten debattiert mit dem Ergebnis, daß die Vorlage Annahme fand.

Die anderen Tagesordnungspunkte fanden im Galopp ihre Verabschiedung. Zum Schlusse wurde eine Entschließung angenommen, in der gegen die **Verschleppung des Rheinbrückenbaues Protest** erhoben wird.

Sitzungsbericht

Oberbürgermeister Dr. Finter eröffnete kurz nach 4 Uhr die Sitzung. Anwesend sind 89 Mitglieder des Kollegiums. — Der Vorsitzende verliest eine Anzahl Anträge. Die Kommunisten beantragen den 10-Pfennig-Tarif bei der Straßenbahn und weiter freie Fahrt für den Unterstützungsempfänger!!! Weiter wird beantragt, die Vorlage 5, „Aenderung der städtischen Angestelltensatzung", zurückzuziehen. Der Oberbürgermeister erklärt, daß der Stadtrat zu den Anträgen Stellung nehmen werde, sie seien zum Teil unzulässig. — Stadtv. **Riedinger** (Komm.) stellt zur Tagesordnung einen Antrag, dessen Beratung der Oberbürgermeister nicht zuläßt. — Stadtrat **Bauer** (Komm.) protestiert in lautester Weise weiter. Er wird dreimal zur Ordnung gerufen und dann aufgefordert, das Haus zu verlassen.. Bauer schreit, **es falle ihm nicht ein,** worauf der Oberbürgermeister die Polizei zitiert, die Bauer dann aus dem Saale „geleitet", unter wüstem Geschrei der Kommunisten. Die Sitzung wird auf 5 Minuten unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird sofort in die

Tagesordnung

eingetreten.

Aenderung der städtischen Angestelltensatzung

Bürgermeister **Sauer** begründet die Vorlage. Die Kritik an der Vorlage sei unberechtigt. Es habe ein 40prozentiger Personalwechsel bis jetzt stattgefunden. Das sei ein unerträglicher Zustand. Deshalb müsse den Leuten durch Ueberführung in das **Angestelltenverhältnis eine größere Beweglichkeit** geschaffen werden. Auch habe die Staatsbehörde Beanstandungen an dem etwas aufgeblähten Beamtenapparat geübt; durch die Vorlage werde auch diese Beanstandung berücksichtigt.

Stadtv. **Riedinger** (Komm.) polemisiert gegen die Stadtverwaltung, die den Bürgerausschuß mißachte. An der Vorlage selbst übt der Redner heftige Kritik. Die Vorlage bedeute einen Angriff auf das Berufsbeamtentum. Scharf greift der Redner auch den Branddirektor Wilke an. — Stadtrat **Stäbel** (Nat.Soz.) behauptet, jede Stadtverwaltung habe einen aufgeblähten Beamtenapparat, der abgebaut gehöre. Als der Redner frägt, wo denn der Moskauer Bürgerausschuß bleibe, wird ihm Italien zugerufen! Im übrigen nehme die Fraktion des Redners die Vorlage an. — Stadtv. Dr. **Ziegler** (DNatl.) stimmt der Vorlage zu und glaubt, daß auch unter den Militäranwärtern „Material" sei, das man in die Berufsfeuerwehr übernehmen könne.

Stadtv. Koch (Soz.)

weist darauf hin, daß die zuständige Berufsorganisation der Feuerwehrleute in einer **Denkschrift** Abänderungsvorschriften gemacht habe, die aber nicht berücksichtigt worden seien. Die sozialdemokratische Fraktion verlangt Zurückziehung der Richtlinien. Mit dieser Vorlage wird der Wechsel in der Feuerwehr nicht eingedämmt.

Mit schuld ist die außerordentlich lange Wachtdienstzeit.

Man hat trotz vielen Hinweisen einfach diktiert. Der Redner verweist auf die Verhältnisse in anderen Städten. **Selbst der Reichssparkommissar hat die Beamtenstellung der Feuerwehr in seinem Gutachten über Stuttgart nicht angetastet.** Für den Feuerwehrmann bestehen außerordentlich große Gefahren. Viele Vergiftungen, durch Rauch usw., treten erst nach Jahren in Erscheinung. Auch aus diesem Grunde ist es zu bedauern, daß die Leute das Beamtenverhältnis verlieren sollen.

Es ist unanständig, den Leuten mit der Entlassung zu drohen, wenn sie nicht den neuen Vertrag unterschreiben.

Solch ein Verlangen verstößt gegen die guten Sitten. Die Tätigkeit der Berufsfeuerwehr fällt unter den § 131 der Reichsverfassung. Wir empfehlen, die Vorlage zurückzuziehen und die Feuerwehrleute im Beamtenverhältnis zu belassen. Wir sind der Auffassung, daß man mit 45 Jahren nicht mehr voll leistungsfähig ist. Deswegen ist aber kein Grund vorhanden, die Leute aus dem Beamtenverhältnis herauszunehmen. Man solle für die Leute **Schulungskurse** einrichten, durch die sie für den Verwaltungsdienst vorbereitet werden. Wenn die Richtlinien nicht zurückgezogen werden, verlangen wir eine Abfindung, die über zwei Jahresabfindungen hinausgeht, wir verlangen eine

Abfindung von drei Jahresgehältern.

Dann haben die Leute die Möglichkeit, sich in einem neuen Beruf auszubilden. **Bei dem gegenwärtigen Branddirektor spielt die Fähigkeit keine Rolle, sondern die Speichelleckerei.** Zu dem gegenwärtigen Branddirektor haben wir kein Vertrauen. Wer so seine Leute behandelt, kann nicht verlangen, daß wir diesem Beamten Entgegenkommen zeigen. Die Versorgung der Feuerwehrleute muß sichergestellt werden, das ist für uns Voraussetzung unserer Zustimmung. (Beifall bei der Sozialdemokratie.)

Bürgermeister Sauer vertritt nochmals seinen Standpunkt. Die Sache mit dem Branddirektor wird in Ordnung gebracht werden. Wir wollen uns bemühen, die Leute, die bleiben wollen, zu halten, aber die, die weg wollen, wollen wir nicht hindern. Die Abfindungssumme kann erhöht werden; der Stadtrat wird sich mit der Frage beschäftigen. **Bürgermeister Schneider** nimmt Branddirektor Wilke in Schutz. — **Oberbürgermeister Dr. Finter** greift in die Debatte ein und verbreitet sich über die Organisation der Berufsfeuerwehr. — **Stadtv. Wild** (Ztr.) stimmte der Vorlage zu. Man sollte die Vergütung erhöhen, dann erübrige sich eine Erhöhung der Abfindungen. — **Stadtv. Bindschädel** (Wirtsch.-Partei) befaßt sich mit der Freiwilligen Feuerwehr.

Stadtv. **Koch** (Soz.) wendet sich gegen Bemerkungen des Bürgermeisters Schneider. Die Behauptung des Bürgermeisters, er, Koch, sei nur gegen Branddirektor Wilcke scharf eingestellt, weil Wilcke die Abhaltung von Versammlungen in der Kaserne verweigert habe, müsse energisch zurückgewiesen werden, denn es hätten tatsächlich ja zwei Versammlungen stattgefunden, mit Zustimmung des Branddirektors. — Nach weiteren Bemerkungen des Stadtrats Stäbel (Nat.Soz.) wird die Diskussion geschlossen. Der Stadtrat zieht sich zur Beratung der Anträge zurück.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilt Oberbürgermeister Dr. Finter mit, daß der Stadtrat beschlossen habe, daß die Abfindung nicht höher als 3000 ℳ betragen dürfe, gegen bisher 2000 ℳ. Der Beschluß bedeute einen Mittelweg. — Stadtrat **Töpper** (Soz.) erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion diesem Antrag zustimme. — Auch andere Fraktionsvertreter erklären Zustimmung.

Bei der Abstimmung, die getrennt vorgenommen wird, wird zunächst die Gesamtvorlage mit Ausnahme der Vergütung angenommen. **Dem Antrag betr. die Vergütung wird einstimmig zugestimmt.**

Bauliche Veränderungen im städtischen Krankenhaus

Bgmstr. **Sauer** begründet kurz die Vorlage. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Karlsruhe wollte der Stadt ein Darleben von 150 000 ℳ gewähren, **das aber von der Staatsregierung nicht genehmigt wurde.** Dieses Verhalten der Regierung ist bedauerlich. Es wäre zu wünschen, daß die Regierung sich etwas freundlicher gegenüber der Stadt einstellen würde. — Stadtv.-Obmann **Kullmann** befürwortet die Vorlage. — Stv. Dr. **Mach** (Nat.-Soz.) stimmt der Vorlage zu. — Stv. **Mohrenstein** (Ev. Volksd.) ebenfalls.

Stv. Flößer (Soz.)

erklärt, daß die Annahme dieser Vorlage unbedingte Notwendigkeit sei. Die Einrichtungen sind überaltert. Nur der gute Ruf der Leitung ist der Anlaß, daß das Vertrauen der Kranken noch nicht geschwunden ist. Die Ausführung der Vorlage darf aber nicht lange auf sich warten lassen. Die neuesten Apparate und Einrichtungen müssen angeschafft werden. Wir dürfen gegenüber dem Krankenhaus nicht in Rückstand kommen. **Das städtische Krankenhaus darf nicht nur für die Armen und Versicherten da sein. Es darf kein Armenkrankenhaus werden.** Bedauerlich ist, daß die Röntgenabteilung stiefmütterlich behandelt wird. **Wir hätten es begrüßt, wenn uns ein Programm über die notwendige Arbeitsbeschaffung vorgelegt worden wäre.** Wir ersuchen die Stadtverwaltung, nicht mehr zu lange mit diesem Programm zu warten, denn es herrscht Not. Private Unternehmer machen nichts, so muß die Stadt wenigstens etwas tun. Wenn die Regierung uns nicht entgegenkommt, dann muß man eben mit anderen Mitteln der Regierung gegenübertreten.

Stadtrat **Stübel** (Nat.-Soz.) verlangt, daß die Arbeiten an Karlsruher Geschäftsleute vergeben werden. Stadtrat **Hofmann** (Komm.) stimmt der Vorlage zu. Desgleichen Stv. **Wild** (Zentr.).

Stv. Schulenburg (Soz.)

erklärt, weshalb der Vorstand der Ortskrankenkasse das Darleben von 150 000 ℳ gewähren wollte. Einmal wegen der unhaltbaren Zustände im Krankenhaus und dann, um Gelegenheit zur Arbeit zu geben. Wir wollen aber nicht nur der Kranken, sondern auch der Gesunden gedenken. Die Gewerkschaften haben alles getan, um die Stadtverwaltung zu veranlassen, endlich ein **Winterbeschaffungsprogramm** herauszubringen.

Die Arbeitslosen wollen endlich Taten sehen.

Von den Plänen allein können aber die Arbeitslosen nicht leben. Man sehe das Trauerspiel beim Maxauer Brückenbau. **Das Bürgermeisteramt und der Stadtrat mögen endlich auch einmal der Arbeitslosen gedenken.** Jetzt sind Worte genug gewechselt, es müssen endlich Taten geschaffen werden.

Bgmstr. **Sauer** äußert sich zu den Ausführungen verschiedener Redner. — Die Vorlage wird hierauf **einstimmig angenommen.**

Der städtische Straßenbahntarif

Von Bürgermeisterseite wird zur Vorlage nichts bemerkt. — Stv. **Martin** empfiehlt namens des Stadtverordnetenvorstandes **nicht** die Annahme der Vorlage. — Stv. **Wernet** (Bürgerl. Arbeitsgemeinschaft) tritt für die Vorlage ein und hat eine gro[ße] Reihe Spezialwünsche. — Stv. **Knaus** (Nat.Soz.) kritisiert d[ie] Tarifpolitik der Straßenbahn und lehnt die Vorlage ab.

Stv. Beetz (Soz.)

hat an sich Bedenken gegen die Vorlage. Tariferhöhungen wirken verteuernd. Daß man seinerzeit die Tarife gesenkt hat, ist zu begrüßen. Aber das Experiment ist nicht geglückt. **Das Defizit** ist immer größer geworden. Um diese Tatsache **kommen wir nicht** herum. Die Tarifsenkung hat nicht **verkehrsbelebend gewirkt.** Tatsachen kann man sich nicht verschließen. **Die Straßenbahn soll ke[in] Defizitbetrieb sein.** Es besteht ernst die Gefahr, daß das Personal der Leidtragende sein wird. Auf den **allgemeinen Etat kann das** Defizit nicht übernommen werden, auch die Umlage kann nicht erhöht werden. Es bleibt nichts übrig, wie das kleinere Uebel zu wählen. Die Frequenz muß aber genau geprüft werden, um sofort wieder, wenn es tragbar erscheint, an eine Revision der Tarife [zu] gehen. (Beifall bei den Soz.)

Stv. **Hofmann** (Komm.) spricht gegen die Vorlage. — Stv. **Schmerbeck** (Zentr.) spricht sich dafür aus.

Die Vorlage wird sodann gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen.

Die weiteren Vorlagen:

Herabsetzung des Tilgungssatzes für zwei Wohnungsbauanleihen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin-Wilmersdorf

Verkauf städtischer Grundstücke — Erwerb, Tausch und Abtretung von Grundstücken — Grundstückstausch — Aufwand für außerordentliche Unternehmungen

werden ohne Aussprache angenommen.

Zum Schluß verliest der Vorsitzende eine Entschließung, die **gegen die Verschleppung des Maxauer Brückenbaues scharfen Protest erhebt.** Die Entschließung wird **einstimmig angenommen.**

Schluß der Sitzung gegen ¾8 Uhr.

„Hoher Besuch" in Karlsruhe

Machte ich da am Montag meinen gewohnten Spaziergang durch die Wald- und Hans-Thoma-Straße. Das Straßenbild am Rote[n] Haus sah ganz anders aus wie sonst, es war total verändert. Auto an Auto standen da in langen Reihen. Und was für prächtige teuere Wagen, die besten Marken! Es wurde mir sofort klar, daß hier keine gewöhnlichen Menschenkinder abgestiegen sein dürften. Es roch also sehr nach Reichtum, nach jenem Reichtum, wie sich vor der Staatsumwälzung nur offenbarte, wenn allerhöchste Herrschaften gnädigst geruhten, durch die Lande zu fahren. Nun muß es sich auch jetzt um höfische, recht reiche Leute handeln, dachte ich. Hat vielleicht der abgetakelte König von Afghanistan wieder seine Auferstehung gefeiert und will sich nun in einer zweite[n] Europareise in Erinnerung bringen? Oder aber ist eine Delegation aus Bolivien nach Deutschland gekommen, um dem O[berst] Röhm einen Besuch abzustatten, als Anerkennung für die fürstliche Behandlung eines Teils der bolivischen Jugend? Während so meine Gedanken hin- und herschwankten, und die so zahlreich erschienenen Leute die prunkvollen Wagen bestaunten, zeigten sich auch Menschen mit vergelbten — Verzeihung! — gelbraunen Hosen. Es waren Diener aus dem Hause Adolfs I. Sollte gar Er seiner Landeshauptstadt die Ehre seines Besuches erwiesen haben? Ach nein, unmöglich! Der Anstreicher aus Braunau weist doch sicherlich weit von sich, sein proletarisches Gefühl zu verleugnen und in einem solch noblessen Wagen zu sitzen. Da ich nun einmal kein Adolfsanbeter bin, strauchelte ich doch. Oder ist die Hoffnung Adolfs noch hübscher? Ich nehme letzteres an und meine Gedanken führten mich wieder zurück nach — Bolivien. Und — ich hatte recht. Nicht Adolf war erschienen, sondern sein Stabschef Röhm mit Gefolge. Ich betrachtete immer noch den Autopark und merkte mir:

II A 19 110 **Mercedes-Benz,** 8 **Zylinder;** II A 19 256 **Mercedes-Benz,** 8 **Zylinder;** IV B 75 721 **Mercedes-Benz;** III A 23 939 **Mercedes-Benz,** IV B 49 865 **Opel;** IV B 8586 **Opel;** IV B 85 789 **Motorrad,** II A 24 552 **Auburn,** III A 23 939 **Horch,** 8 **Zylinder.** Es nicht weniger wie 8 **hochfeine Autos** und **ein tadelloses Motorrad.**

So rückt die Arbeiterpartei „NSDAP." aus, also die rich[tige] Auto-Partei!

Und nun die Insassen! Sie paßten zu den Wagen. In Uniform waren sie erschienen. Man sah sofort, wer Führer und Geführte. Dickwänste, denen das Koppel gerade noch ausreichte, den Bauch vor dem Platzen zu bewahren, waren zu sehen. Die schönsten Fahrzeuge wurden von diesen „Arbeitervertretern" benützt, während die anderen Wagen für andere, für die kleinen Osafs, die ganz Gewöhnlichen bestimmt waren. Ein Fordwagen mit Hakenkreuzfahne befand sich auch darunter. Stempel: Bezirksamt Mannheim. Osaf Röhm hatte einen besonders schönen Typ. Seine Leute standen still, wie ein Sklave vor seinem Peiniger. Unglückliche, bedauernswerte Gestalten!

Mein Interesse galt natürlich nun völlig der Sensation Röhm. Gegen abend wurde ich gewahr, warum der Stabschef in Karlsruhes Mauern weilte. **Generalappell der SA. in der Ausstellungshalle!** Auch von auswärts waren die SA.-Helden erschienen. Nach der wiederum Abstieg im „Roten Haus". SA. standen stramm. Rühren! Und dieses „Rühren" war auch wirklich rührend. Nach kurzer Zeit geruhten vier höhere Adolfsritter in eine Wirtschaft in der Waldstraße zu gehen. Das Ehrenkleid Adolfs war mit Schmuck „geschmückt", wie alte untertänigste Lakaien sie auch tragen. Orden und Borden fehlten natürlich auch nicht. Die Passanten verzagten vor lauter Entzücken „Heil Hitler" zu rufen, was einem der Herren gar nicht gefiel und seiner Enttäuschung mit folgendem Satze Luft machte: „Das scheint mir so eine richtige Spießerstadt zu sein!" Nach gewisser Zeit erfolgte der Abschied von dem Restaurant, SA.-Leute mit Untertanenverstand sorgten für freie Passage. Es ging die Waldstraße entlang ins

„Rote Haus". Da gabs Bier für die einen und Wein für die anderen. „Trink nur noch einen Schoppen, es kostet nichts", sagte ein SA.-Mann zu seinem Kameraden. Ein Mann hinter dem Büfett — mein Kollege meinte, es sei der Wirt selbst — war ebenfalls in Uniform. Ich dachte an einen Kappenabend, wo sich bekanntlich der Restaurateur des Lokals schon der einheitlichen Gemütlichmachung wegen ebenfalls maskiert. Ging einer der „Herren Offiziere" am Büfett vorbei, dann stand der Mann stramm! Grotesk genug zum Lachen!

Am Dienstag ¼12 Uhr haben die Herrschaften die badische Residenzhauptstadt verlassen. Schade! So ausgezeichnet habe ich noch nie amüsiert, wie anläßlich der Anwesenheit des Stabschefs Hitlers. Nun weiß ich auch, wie „proletarisch" die auserwählten Vertreter der Hitlerschen „Arbeiterpartei" auftreten. Arme Sozialisten, arme Hitlerwähler! O, ihr Genasführten!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Polizei berichtet:

Festgenommener Fahrraddieb

Ein 18jähriger Drogist wurde gestern festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert, weil er vor einigen Tagen hier ein Fahrrad gestohlen hatte. Der Eigentümer, der gestern auf der Kaiserstraße sein Fahrrad, das inzwischen einen roen Anstrich erhalten hatte, sofort erkannte, hielt den Dieb sofort fest und übergab ihn der Polizei.

Auf frischer Tat ertappt

In einem hiesigen Juweliergeschäft ließ sich ein 21jähriger Zigeuner mehrere Ringe zur Ansicht vorlegen. In einem unbewachten Augenblick ließ er einen Ring in seine Rocktasche verschwinden und wollte sich dann entfernen mit dem Bemerken, daß ihm keiner der Ringe gefalle. Der Geschäftsinhaber merkte aber sofort, daß ein Ring fehlte und hielt den Zigeuner fest, bis die Polizei kam und ihn ins Gefängnis einlieferte. Der Ring wurde dem Eigentümer wieder ausgehändigt.

Vermißt

Vermißt wird hier seit 3. Oktober 1932 der 13 Jahre alte Volksschüler Erwin Fuchs. Er trägt blaue Samtmütze, dunkelgrünlichen Samtkittel, hellgrünlichen Pullover und rötlich-braune Kniehose.

*

(:) **Freireligiöse Gemeinde.** Am morgigen Donnerstag, abends 8 Uhr, soll in den „Vier Jahreszeiten", Hebelstraße, die Gründung einer Jugendgruppe vorgenommen werden. Interessenten sind eingeladen. Redner ist der freireligiöse Prediger Elling aus Pforzheim.

(:) **Ehejubiläum.** Heute kann unser Genosse Fritz Menges mit seiner Gattin in vollster Rüstigkeit das Fest der silbernen Hochzeit begehen. Beide sind durch ihre rege Anteilnahme an den Geschicken der SPD. stadtbekannte Persönlichkeiten. Neben seinem Hauptberuf als Kassier des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, begleitet unser Gen. Fritz Menges das verantwortungsvolle Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden der Eisenbahner-Baugenossenschaft und ist Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums. Die badische, insbesondere die Karlsruher Arbeitersängerschaft besitzt in Fritz Menges einen umsichtigen und energischen Mitkämpfer. Als 2. Vorsitzender des Deutschen Arbeitersängerbundes, Gau Baden, sowie als 1. Vorsitzender des Arbeitersängerkartells Karlsruhe hat er sich außerordentliche Verdienste erworben. Schon weit über ein Jahrzehnt wirkt er aktiv als Sänger im Sängerbund Vorwärts mit und ist seit Jahren in der Verwaltung, zur Zeit als 2. Vorsitzender tätig. Alles dies könnte aber unser Genosse Menges nicht in der Arbeiterbewegung mit der an ihm gewohnten Umsicht leisten, wenn ihm nicht seine Gattin, Genossin Marie Menges, für seine Bestrebungen volles Verständnis entgegenbringen würde. Wir entbieten dem Jubelpaar zur Silberhochzeit die besten Wünsche und rufen ihm ein herzliches „Glück auf!" zur Goldenen zu. W. B.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Das Wetter ist bisher unbeständig geblieben. Es besteht jedoch Aussicht auf Besserung, da ein Zwischenhoch sich auf dem Festland verlagern wird.

Wetteraussichten für Donnerstag, den 13. Oktober 1932: Zeitweise aufheiternd, mild, bei abflauenden Westwinden.

Wasserstand des Rheins

Basel 25, gest. 2; Waldshut 226, gef. 2; Rheinweiler 168, gef. 3; Kehl 235, gest. 5; Maxau 376; Mannheim 237, gest. 2; Caub 156 Zentimeter.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Südstadt

Heute abend in der „Deutschen Eiche" öffentliche Wahlversammlung. Erscheint vollzählig!

Bezirk Rüppurr

Am Freitag, 14. Oktober, 20 Uhr, findet eine wichtige Ausschußsitzung statt, zu der alles erscheinen muß. Ort: Genosse Lenz, Rosenweg 50.

Bezirk Daxlanden

Donnerstag, 13. Oktober, abends 8 Uhr, im „Karlsruher Hof" Ausschußsitzung. Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

Frauenversammlung

Heute, Mittwoch, den 12. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Saale des „Gambrinus", Erbprinzenstraße, eine Frauen-Versammlung statt. Genosse Regierungsrat Weißmann hält ein Referat über die Frage „Was hat diese Reichstagswahl den Frauen zu sagen?" In Anbetracht der Wichtigkeit dieses Vortrags ist es Pflicht der Genossinnen, restlos zu erscheinen und noch Bekannte mitzubringen. Volksfreundleserinnen herzlich willkommen.

*

Am Freitag, den 21. Oktober, findet im „Colosseum" eine Wiederholung der Aufführung des politisch-satyrischen Kabaretts „Der Rote Faden" statt.

Arbeiter-Wohlfahrt

Morgen Donnerstag, 13. Oktober, abends 8 Uhr, Vorstandssitzung in der Nähstube, Karl-Friedrich-Straße. Erscheinen sämtlicher Vorstandsmitglieder wird erwartet.

Die Sammelbüchsen zur Sammlung der Arbeiterwohlfahrt sind am Samstag von 9—12 Uhr und 2—4 Uhr auf der Geschäftsstelle abzuholen! Alter Bahnhof, östlicher Flügel.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

J. B. 1 und 5

Donnerstag, 13. Oktober, abends 8 Uhr, vollzähliges Erscheinen im Lokal.

Vereinsanzeiger

Bis zu 4 Zeilen 50 Pfg. die Zeile — Bei 5 u. mehr Zeilen 60 Pfg. die Zeile

Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden zum Reklamezeilenpreis berechnet

Karlsruhe

Deutscher Freidenker-Verband, Ortsgruppe Karlsruhe. Montag, 17. Oktober, abends 8 Uhr, Volkshaus, **Mitgliederversammlung.** Gen. O. Trinks spricht über **„Das bevorstehende badische Konkordat".** Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht. **Gäste willkommen.**

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Politik, Freistaat Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Feuilleton, Aus aller Welt, Die Welt der Frau, Letzte Nachrichten: S. Grünebaum; Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Durlach, Aus Mittelbaden, Gerichtszeitung, Karlsruher Umgebung, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Auskünfte: Josef Fiele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe.

Lichtspielhäuser

Badische Lichtspiele

Die Badischen Lichtspiele bringen heute, 12. Oktober, den wundervollen Heimat- und Kulturfilm Schwaben 1 zur Vorführung. Unser Nachbarland zieht in prachtvollen Bildern von Schwenningen bis Gundelsheim und von Mauldronn über das Hohenloher und Frankenland bis Neresheim an den Zuschauern vorüber. Aber nicht nur landschaftlich herrliche Bilder, wie die von Tübingen, Reutlingen mit der Achalm, den Hohen Neuffen, Eßlingen, Stuttgart usw. sind zu sehen, sondern der Film bringt auch Gebräuche und Volksfeste der Schwaben, die ganz dem Charakter unsrer Nachbarn entsprechen. Der Schäferlauf in Markgröningen, die Weinlese in Heilbronn, der Siedertanz in Hall und das Bauernreiten in Weikersheim versetzen die Zuschauer in die gleich heitere Stimmung wie die vortrefflichen Bilder, die den Schwaben beim Zwiebelkuchenessen und beim „Besenwirt" zeigen. Eine besondere Bedeutung bekommt die Filmvorführung dadurch, daß die Bilder von einem geborenen Schwaben, Herr Kammersänger Fritz Büttner aus Heilbronn, erklärt — und in den Pausen von ihm die zu den Bildern passenden Volkslieder gesungen werden.

Die stets gebefreudigen Firmen Math. Hohner in Trossingen und Schatz Söhne in Triberg stiften zu den Vorführungen Instrumente und Uhren, die unter den Zuschauern verlost werden. **„Also auf zur Reise ins Schwobaländle!"**

Elisabeth Bergner im Pali

Elisabeth Bergner, die mit Fug und Recht Deutschlands größte Schauspielerin genannt wird, erscheint heute mit ihrem neuen Tonfilmwerk **„Der träumende Mund"** im Pali in der Herrenstraße. Die männlichen Hauptrollen spielen Rudolf Forster und Anton Edthofer. Dieser zweite Tonfilm der Bergner ist ein ergreifendes Kunstwerk und darüber hinaus von erschütternder Lebensnähe. Himmelhoch über dem Niveau der Durchschnittsproduktion, geadelt von reifster Könnerschaft, allen Freunden echter Kunst eine tiefe und reine Herzensfreude. Elisabeth Bergner, diese große Tragödin, neben der selbst eine Greta Garbo und Marlene Dietrich verblassen, holt und sucht ihre Wirkung nicht von außen und spekuliert nicht auf unmöglichen, unmoralischen Kitsch oder fragwürdige Sensationen. Die Melodie der Handlung erklingt noch gedämpfter als in „Ariane" und die Vorgänge sind ganz auf die ewigen, allgültigen Gesetze des menschlichen Herzens eingestellt. Und darum ist ein Film, der allen — ob Frau, ob Mann — unendlich viel zu sagen hat, und der es wirklich verdient, nicht nur von allen Kinofreunden, sondern speziell auch von allen Kinofeinden gesehen zu werden.

Tannenberg im Gloria. Die Direktion des Gloria-Palast teilt uns zur Aufführung des Tannenberg-Films mit, daß dieser Film trotz seines großen Erfolges nur bis einschließlich Donnerstag, den 13. ds. Mts., auf dem Spielplan verbleiben kann. Allen, die diesen glänzend gelungenen Film noch nicht sahen, ist durch Einlage einer vierten Vorstellung am Mittwoch und Donnerstag ab 3 Uhr Gelegenheit geboten, das Versäumte nachzuholen. Infolge bereits festgelegter Dispositionen mit Spitzenfilmen der Spielsaison 1932/33 ist eine weitere Belassung des Tannenberg-Films auf dem Spielplan unmöglich.

Veranstaltungen

Bad. Hochschule für Musik. Die Hochschullehrkräfte Frau Mathilde Preß-Roth und der Geiger Oskar Schmidt haben sich infolge ihrer hohen künstlerischen Qualitäten und ihres mutigen Eintretens für das Schaffen der zeitgenössischen Meister beim Karlsruher Konzertpublikum einen besonderen Namen verschafft. Ihrem am kommenden Samstag zur Durchführung gelangenden Sonaten-Abend mit Werken von Arthur Kusterer, Julius Weismann, Ernst Toch und Heinrich Cassimir sieht man daher allseits mit großen Erwartungen entgegen. Die aufgezählten Namen verbürgen starke Eindrücke; es sollte daher niemand, der Interesse für die moderne Kunst hat, diese einzigartige Gelegenheit versäumen. Die Preise der Eintrittskarten sind auch bei diesem Konzert der Hochschule weit unter das übliche Maß gesenkt; die Nachfrage bei den Vorverkaufsstellen hat sich jetzt schon rege bemerkbar gemacht.

Rüppurr

Nicht Nazi-Lokal. Zu dem Vorfall, wonach einem SA.-Mitglied beim Kartenspiel der Geldbeutel seines Kameraden in sein eigenes Stiefelrohr gewandert ist, wird uns mitgeteilt, daß der Wirt nicht Nazimitglied und seine Wirtschaft auch kein Nazilokal sei. Wir nehmen von dieser Versicherung gerne Notiz, wie auch von der ersten Mitteilung, daß der SA.-Mann das Fehlen seines Geldbeutels in dem Moment merkte, als er seine Bierzeche bezahlen wollte und nicht, als er die Spielschuld zu begleichen sich anschickte. Alle diese Dinge können jedoch nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß ein SA.-Mitglied ein großes Verlangen nach dem Geldbeutel seines Kameraden hatte und dieser Geldbeutel auch bei ihm gefunden wurde Und das ist das Wesentliche an der Sache.

Auskünfte der Redaktion

R. S. Es ist uns auch von anderer Seite schon mitgeteilt worden, daß Herr Direktor S. von der Lebensversicherungsanstalt an Hindenburgs 85. Geburtstag schwarz-weiß-rot geflaggt hatte. Nun weiß man wenigstens, wohin der Mann gehört.

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie. Die Ziehung der 1. Klasse beginnt am 21. Oktober, also in der nächsten Woche.

Aus der Stadt Durlach

Protestkundgebung wegen dem Finanzamt

Vorgestern abend fand im großen Saale der „Blume" eine aus allen Schichten der Bevölkerung außerordentlich stark besuchte **Protestversammlung** gegen die etwaige Aufhebung des Durlacher Finanzamts statt. Bürgermeister Herrmann stellte in einem eingehenden Referat fest, daß die Aufhebung des Finanzamts eine schwere Schädigung der Stadt Durlach bedeuten würde, da sie der Bevölkerung manche Unannehmlichkeit brächte und mit Mehrkosten für jene verbunden wäre, die künftig etwa den Gang nach Karlsruhe machen müßten. Der Bürgermeister machte den Gegenvorschlag, das **Finanzamt Karlsruhe-Land aufzuheben,** das zu den kleinsten und unrentabelsten badischen Finanzämtern gehört. Die zu seinem Bereich zählenden Gemeinden könnten an die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Durlach und Bruchsal aufgeteilt werden. Das Finanzamt Durlach sei unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. In diesem Sinne wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt.

Karlsruher Umgebung

Weingarten

Sozialdemokratischer Verein. Freitag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Lokal „Zum Rößle" eine wichtige Parteiversammlung statt. Parteigenossen und Mitglieder der Eisernen Front, es gilt die Vorbereitungen zur Reichstagswahl zu treffen, daher erscheint vollzählig und pünktlich

Schlägerei bei einem Fußballspiel. Das hiesige bürgerliche Sportlager hatte am vergangenen Sonntag wieder seine Sensation. Es ging um den 2. Platz in der Kreisliga gegen Aue. Während es bereits beim Spiel der 2. Mannschaften allzu „sportlich" zuging, konnten die 1. Mannschaften in dieser Beziehung noch besser gefallen. Im Anschluß an einen 11-Meter kam es zu erregten Szenen, wobei allerdings die Füße und Köpfe einzelner Spieler den runden Lederball zu sein schienen. Ganz besonders hervorragend betätigte sich der Weingartner Torwart, welcher es sich nicht nehmen ließ, sein Heiligtum zu verlassen und einem gegnerischen Spieler wie einem entwichenen Legionär fast bis zur Mitte des Spielfeldes nachzujagen. Nur mit Mühe konnten die Spieler seiner Partei verhindern, daß nicht auch noch der Schiri einiges abbekam. Angesichts dieses Schauspiels muß man sich fragen, ob vielleicht die noch vor wenigen Wochen vorhandene politische Hochspannung nun auf das sportliche Gebiet übergegriffen hat. Die Zuschauer, welche größtenteils aus Arbeiterkreisen stammen, dürften diese Vorkommnisse augenblicklich als bittere Pille empfunden haben, doch als dann rasch aufeinander zwei Tore fielen, konnte das Auge die in die Höhe fliegenden Schirme und Hüte kaum fassen. Der bürgerliche Berichterstatter über das obige Spiel verschwieg die obigen Vorkommnisse und registrierte lediglich, daß der Torwart Weingartens vom Platze gestellt wurde. Zu berichten „Warum und Wieso" dünkte ihm nicht von Wichtigkeit, vielleicht erschien es ihm auch nicht angebracht, etwas Unpopuläres über den bürgerlichen Sport zu berichten. Hoffentlich merken die noch in bürgerlichen Sportvereinen verankerten Arbeiter, daß dort ihr Platz nicht mehr länger sein kann und schließen sich ihrer eigenen Sportorganisation, dem Arbeitersport, an.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 10. Okt.: Gustav Kuhfeld, städtischer Maschinenmeister, Witwer, 60 Jahre alt. Beerdigung am 13. Oktober, 13.45 Uhr. Hedwig Hofmann, Fabrikarbeiterin, ledig, 25 Jahre alt. Beerdigung am 12. Oktober, 16.30 Uhr, in Beiertheim. — 11. Okt.: Bernhard Cramer, Hauptmann a. D., Ehemann, 55 Jahre alt. Beerdigung am 13. Oktober, 14.30 Uhr, Feuerbestattung. Wilhelm Schmitt, Eisenbahn-Güterarbeiter, 53 Jahre alt. Beerdigung am 13. Oktober, 14 Uhr.

Den Kampf um die Freiheit, den Kampf um das Brot, den Kampf gegen den Kapitalismus und alle seine Büttel aus allen Lagern der Reaktion haben unsere Anhänger mit einer in der Parteigeschichte beispiellosen Hingabe geführt. Trotz der Not, die die Papen-Regierung durch Kürzungen der Löhne und der Unterstützungen ungeheuer vermehrt hat, trotz der riesigen Arbeitslosigkeit müssen wir die Mittel für den Wahlkampf aus unsern eigenen Kreisen wieder beschaffen. Der Verkauf der Freiheitsopfermarken hat eingesetzt. Sammellisten sind im Besitz von allen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären. Wo keine Gelegenheit ist, auf Sammellisten zu zeichnen oder Freiheitsopfermarken zu nehmen, der überweise einen freiwilligen Beitrag auf Nr. 7705 der Städt. Sparkasse hier. Jeder muß helfen, die Schlacht zu gewinnen, jeder muß bereit sein, Opfer zu bringen. Ohne Opfer kein Kampf, ohne Kampf kein Sieg!

Die Parteileitung.

Empfehlenswerte Spezial-Firmen!

Berthold-Apotheke
J. Becker
Karlsruhe, Rintheimer Straße 1
Homöopathie — Allopathie

Stadt-Apotheke
Gegründet 1820
mit **Zentrale für Homöopathie**
Inhaber: Hermann Trumpfheller
Karlstraße 19 (gegenüber der Hauptpost) Teleph. 177

„Schrempp-Printz-Bier"
Am besten mündets mir!

TRINKT
das gute
Hofbrauhaus-Bier
Hofbrauhaus Hatz A.-G.
RASTATT
A

GAS
richtig verwenden
und nicht verschwenden
dann billigster Brennstoff für Küche und Haus
Gastroba, Gas- u. Stromberatungsst. d. Städt. Werke A.-G. **Baden-Baden**
Waldseestraße 17 Fernruf 283

Bauhütte Karlsruhe
Gemeinnützige Baugesellschaft m b.H.
Marienstraße 96, Telephon 5200
Hochbau, Tiefbau, Eisenbetonbau, Zimmerei, Dachdeckungen, Glaserei u. Schreinerei, Gipser-, Terrazzo- und Plattenarbeiten, Uebernahme ganzer Bauprojekte bis zur schlüsselfertigen Herstellung

Es wird Herbst! Nehmen Sie Abschied vom Sommer

mit den

8 Mädels im Boot

Ein Film von Liebesfreud und Liebesleid

Keine Sport-Operette, sondern ein ernstes Problem, mutig und fest angepackt. Glück und Leid. Gewissensbisse und Melancholie eines jungen Liebespaares bilden den Inhalt dieses wirklich schönen Tonfilmes, der nicht etwa eine Kopie der berühmten „Mädchen in Uniform" darstellt, wohl aber durch diese beeinflußt zu sein scheint, sowohl in der Themenwahl als auch durch die Sauberkeit, durch den Ernst und durch die Delikatesse, mit der ein heikles Thema angefaßt wird.

In der Hauptrolle: **Karin Hardt** 5132

Pressestimmen:

„Nach „Mädchen in Uniform" der schönste Erfolg"

„. . . der zu den glücklichsten Treffern der neuen Filmsaison wird"

„Es ist das alte Lied, daß ein junges Mädel, noch Gymnasiastin und kurz vor dem Abitur, sich Mutter fühlt und nicht weiß, wohin in ihrer Ratlosigkeit"

„. . . . . Karin Hardt. Wie dieses herbe, nordisch schlichte Geschöpf, das jahrtausendealte Gretchenschicksal formt, wie es aufgeht und erblüht in dem Ausdruck von Freude und Leid, das berechtigt zu den schönsten Hoffnungen."

„Einem ehrlichen Film gebührt ein ehrlicher Erfolg"

Im Beiprogramm: **Wie kommen die Löcher in den Käse?** Kurztonfilm nach einer Satire von Tucholsky

Schauburg

Marienstraße 16 Telephon 6284

Beginn: Werktags 4, 6.15 8.45, Sonntags 3.5, 7 und 9 Uhr
Preise der Plätze: 80 Pfg., Mk. 1.— und Mk. 1.20.

Einführungs-Angebot der bahnbrechenden Neuheit:

Schlafzimmer

mit Waschtoilette, (Waschkommode und Frisiertoilette vereinigt nur

525.-

Nach unseren eigenen Angaben haben wir ein neues Modell eines Schlafzimmers anfertigen lassen, das das Neueste und Modernste dieser Art darstellt. Das alte Problem, ob Waschkommode oder Frisiertoilette, hat eine glänzende Lösung gefunden. Die neue Waschtoilette ist größer und praktischer als eine gewöhnliche Waschkommode, aber auch schöner und eleganter als eine Frisiertoilette. Im Unterteil dieser Waschtoilette befind. sich 2 große und 2 kleine Schubladen, sowie rechts und links je 1 Türe, das Oberteil besteht aus 3 Spiegeln, die beid. äußeren Spiegel sind beweglich. Der Schrank ist 2 m breit, innen Mahagoni poliert, die Bettstellen sind 100/200 cm, die Nachttische sind breit und niedrig u. haben Büchernischen, die Stühle werden mit einem Bezug nach Wahl bezogen. Das ganze Modell ist neu, es ist Eiche, die Flächen der äußeren Türen des Schrankes sind kauk. Nußbaum poliert, ebenso die Türen der Waschtoilette, sowie auch ½ der äußeren Flächen der Bettstellen. Natürlich sind alle Ecken abgerundet u. Nußbaum poliert.

Möbelfachhaus

Fortuna

G. m. b. H.
Erbprinzenstr. 30

Unsere Ausstellung umfaßt über 200 Zimmer und Küchen. 5134

Es wird kälter

BURCHARD hat vorgesorgt!

Wir erwarben auf einer Einkaufsreise im Industriegebiet

Große Posten Wollwaren!

Der Blitz am Mittwoch

Baby-Wollwaren

Ser. I Jäckchen, Höschen, Mützchen -.90

Ser. II Kleidchen, Ser. III Spielanzüge, eleg. Jäckchen 1.90

Ser. IV Kleidchen, Spielanzüge, 2teil. Anzüge 2.90

Damen-Untertaillen
reine Wolle ½ Arm 1.45, ¾ Arm 1.20-, ohne Arm .90

Herren-Pullover
ohne Arm, reine Wolle, hübsche Sportmelangen 1.65

Reinwollene **Damen-Schlupfhose**
mit Doppelsitz, reine Wolle Größe 42 1.90
Größensteigerung 20 Pfg.

5133

Beachten Sie unsere diesbezüglichen Schaukästen!

Burchard

Die künstlerische Sensation

Elisabeth Bergner
in
Der träumende Mund
mit
Rudolf Forster
Regie: **Paul Czinner**

Eine Spitzenleistung des deutschen Tonfilms, der das Lichtspielhaus zur Pflegestätte edelster Kunst macht.
Hannov. Tageblatt

Heute Première
4.00 6.10 8.40

PALI
Herrenstraße 11

Badisches Landestheater

Mittwoch, 12. Okt.
*A 4
(Mittwochmiete)
Th.-Gem. 1401—1500

Der 18. Oktober

Schauspiel von Walter Erich Schäfer
Regie: Dr. Waag
Mitwirkende: Baumbach, Brand, Dahlen, Ernst, Gemmecke, Kloeble, Kuhne, Mehner, B. Müller, Prüter, Schönthaler, v. d. Trenck, Cyret, Hey, Kuhr, H. Müller

Anfang 20 Uhr
Ende 21.45 Uhr
Preise B (0.60—3.90 ℳ) 1147

Do. 13. 10. Große Szene. Hierauf: Der grüne Kakadu. Fr. 14. 10. Schneider Wibbel. Sa. 15. 10. Reifeprüfung. So. 16. 10. Morgenfeier „Richard Strauß". Abends: Zum ersten Mal: Die ägyptische Helena. Im Konzerthaus: Zum ersten Mal: Liebling adieu

Halbwaise, 15 Jahre, **sucht Lehrstelle** als Verkäuferin. Ang. unt. M1843 an den Volksfrd

Junger Mann (gelernt. Schlosser) **sucht Arbeit** gleich welcher Art. Adr zu erfr. unt M1838 im Volksfreund.

Drucksachen aller Art liefert schnell und billig Verlagsdruckerei „Volksfreund" G.m.b.H.

Leeres, heizb. **Zimmer** (Südst.) mit elektr. Licht auf 1. Nov gesucht Preis 12 ℳ Pünktliche Zahlung. Angeb. unter K.1842 an den Volksfrd

Gut möbl **Zimmer** m. elektr. Licht u. heizbar sof. od spät. zu verm **Karl Hodapp**, Werderstraße 96

Wer hat **Petroleumhängelampe** f. Stadtrandsiedlung abzugeb. Angebote unter H1835 an den Volksfreund

Sonniges, freundliches möbliertes **Mansardenzimmer** mit 1 od 2 Betten billig zu vermieten Luisenstr. 23, IV

Herren- u. Damen-Fahrrad 1a Marke, sowie weißer Kohlenherd i. A. spottbillig zu verk. Moltkestr. 13 III r

Waschkommode mit Spiegelaufs., **Grammophon, Gasherd, Nähmaschine** verkauft **Miller**, Herrenstr. 6, p.

Einem glücklichen Zufall haben wir es zu verdanken, daß wir Ihnen heute ein derartig günstiges Angebot machen können. Und zwar handelt es sich um ein

Speisezimmer

kauk. nußbaum pol., formschön, modern, adellos, exakt und sauber gearbeitet, mit wunderschönen Flächen bestehend aus 1 Büfett, 1 Credenz, 1 Ausziehtisch, 4 Polsterstühle. Dieses komplette Zimmer geben wir zu dem unglaublich billigen Preis von

375.-

ab. Sehen Sie sich bitte dieses Zimmer an, es wird Ihre Erwartung bestimmt übertreffen.

Möbel-Krämer
Kaiserstraße 30 u. 24

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anläßlich des Hinscheidens meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, insbesondere für die reichen Blumenspenden und das zahlreiche Geleit zur letzten Ruhestätte, sagen wir unsern tiefempfundenen herzlichen Dank

Leonhard Hegele
und Kinder

TRAUERBRIEFE
liefert schnell und billig
Verlagsdruckerei „Volksfreund" G.m.b.H.
Waldstrasse 28.

Die Versteigerung der Standplätze

für den Verkauf von Blumen und Kränzen in der Karl-Wilhelm-Straße beim Friedhof anläßlich Allerheiligen findet am Dienstag, den 18. Oktober, nachmittags 15.30 Uhr statt Zusammenkunft vor dem Friedhof. Steigerungsberechtigt sind nur in Karlsruhe ansässige Interessenten.
Karlsruhe, 11. Okt. 1932

Städt. Hochbauamt
Abt Markt u Messe

Pfänder-Versteigerung.

Am **Mittwoch**, den **19. Okt. 1932, vormittags von 9 Uhr u. nachmittags von 14 Uhr an**, findet im Versteigerungslokal des Städtischen Leihhauses, Schwanenstr. 6, 2. St., die **öffentl. Versteigerung der verfallenen Pfänder vom Monat Februar 1932 Nr. 3559 bis mit Nr. 6842 gegen Barzahlung statt.** Zur Versteigerung gelangen: Fahrräder, Nähmaschinen, Koffer, Schuhwerk, Herren- u. Damenkleider, Wäsche Stoffe, Bestecke, Feldstecher, goldene und silb. Uhren, Juwelen, Musikinstrumente usw **Fahrräder u. Nähmaschinen** kommen Mittwochs 14 Uhr mittags zur Versteigerung.

Das Versteigerungslokal wird ½ Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet. Die Kasse bleibt an dem Versteigerungstage und am Tage vorher nachmittags geschlossen. 1148

Karlsruhe, 30. Sept 1932

Städt. Pfandleihkasse

Wintermantel für Mädchen 15—17 Jahre billig zu verkaufen. Hardtstr. 13, II, rechts

Echt Filder
Sauerkraut
Pfd. 12 Pfg
mageres
Dürr-Fleisch
Pfd. 1.40 Mk.
und
5 Prozent Rabatt!
bei 5128
BUCHERER
in sämtlichen Filialen

Wie?
Aber selbstverständlich
Kostenlos kann jeder Abonnent im Monat einmal eine kleine Anzeige bringen

Wer schenkt einem armen Invalidenrentner einen **Anzug?** Adresse zu erfrag. unt. W1839 im Volksfreund.

Maler u. Tapezierer junger, **sucht Arbeit**, pro Tag 4.— ℳ 5060
Fr. Weimar
Schwanenstr. 34, IV l

Schwarzer **Seidenpinscher** braun gefleckt am Sonntag zugelaufen. Zu erfr. bei **Gegenwarth**, Rüppurrer Str. 2a, I.

Prima
Mostobst
zu niedrigsten Preisen Lohnkelterei billigst.
Kelterei Diefenbacher,
Sofienstr. 95 Tel. 3420

JEDER erachte es als seine Pflicht, alle Einkäufe nur bei jenen Geschäften zu tätigen, die im Volksfreund inserieren

Speisung für Jedermann!

Wie im Vorjahre wird auch in diesem Winter die HEILSARMEE zusammen mit der Firma PFANNKUCH die Speisung für Jedermann in der bekannten Form durchführen.

Beginn der Ausgabe:

Mittwoch, den 12. Oktober 1932
Adlerstraße 33

5129

In jeden Haushalt gehört die

Frauenwelt

die Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes.

Preis 30 Pfg. Mit Schnittmuster 40 Pfg.

Krautständer
gut erhalten zu verkauf. **Beiertheim**, Cäciliastraße 2, part links.

Kakteen
Schöne Kakteen, 8—10 Jahre alt, billig zu verkaufen Adr. zu erfrag. unt. K1840 im Volksfrd

Erstkl. Emailherde hoh. Nachl. günst. Raten gebr. nehme in Zahlung Blumenstraße 11 part

In jede Familie den Volksfreund

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Karlsruhe

Sterbe-Tafel.

In der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1932 hat unsere Verwaltungsstelle durch den Tod folgende Kolleginnen und Kollegen verloren:

Alber Andreas, Werkzeugschl
Alle Friedrich, Former
Ammann Ludwig, Hilfsarbeiter
Arheit Martin, Fräser
Blankenberger Emil, Mechaniker
Fies Friedrich, Metallarbeiter
Fleischmann Fried., Rev.-Dreher
Furrer Ludwig, Schlosser
Gremmelmaier Karl, Hilfsarb
Herrmann Luise, Hilfsarb.
Maier Johann, Hilfsarb.
Mayer Friedrich, Dreher
Witschele Albert, Former
Schneider Heinrich, Werkzeugschl.
Stader Wilh., Schmied
Stolz Wilh., Former
Walz Nikodemus, Zimmermann
Widmann Carl Bernh., Schmied
Wörner Wilh., Packer
Zeh Wilh., Hilfsarb.

Wir werden den verstorbenen Mitstreitern unseres Verbandes stets ein treues Andenken bewahren 5136

Die Ortsverwaltung.